

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . Kf 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
jährlich . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich früh.

10. Jahrgang.

Samstag, 13. Dezember 1930.

Nr. 292.

## Ungarische Unterhändler in Prag.

Budapest, 12. Dezember. Das (offizielle) ungarische Telegraphenkorrespondenzbüro meldet:

Auf Grund der auf den tschechoslowakischen Vorschlag bezüglich der Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen erteilten, seinerzeit gemeldeten Antwort der ungarischen Regierung hat die tschechoslowakische Regierung an die ungarische Regierung eine Note gerichtet, in der diese ersucht wird, ihre Vertreter zwecks Aufnahme der mündlichen Verhandlungen nach Prag zu entsenden. Die ungarische Regierung wollte auch diese Gelegenheit zu einer Verständigung nicht vorübergehen lassen und hat die Einladung der tschechoslowakischen Regierung angenommen, womit sie einen neuen Beweis ihrer Verständigungsbereitschaft geliefert hat. Die ungarische Delegation wird unter Führung des außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers Dr. Nidl heute abend nach Prag abreisen.

Im Gegensatz zur ungarischen Regierung hat sich die tschechoslowakische Regierung bisher leider nicht veranlaßt gesehen, in Sachen des ungarischen Vertrages die Öffentlichkeit fortlaufend zu informieren. Heute besahen sich im Abgeordnetenhaus einzelne Klubs mit der Angelegenheit. Die tschechoslowakischen Agrarier fahnen eine Resolution, in der sie ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen erklären, doch müsse dabei unsere bisherige Agrargesetzgebung entsprechend Berücksichtigung finden; eine unüberbrückte Verlängerung des bestehenden Vertrages, wenn auch nur provisorisch, lehne der Klub entschieden ab.

Im Außenministerium wurde heute der Handelsvertrag mit Chile verabschiedet, der im September d. J. in Prag abgeschlossen wurde und auf der Meistbegünstigung aufbaut, wobei aber gewisse Ausnahmen für den Verkehr mit den unmittelbaren Nachbarn zulässig sind. Genosse Bobl fragt dann den Vorsitzenden, ob es nicht möglich wäre, im Außenministerium über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Ungarn zu referieren. Er verweist auf einen Artikel der heutigen „Prager Presse“, der bescheinigt, daß es in einem Wirtschaftskrieg mit Ungarn kommt, der die heutige Wirtschaftskrise nur noch verschärfen würde.

Der Vorsitzende Tomasek erwiderte, daß er diesen Wunsch dem Außenminister übermitteln werde; er zweifle nicht, daß, falls der Ausschuh vor Weihnachten noch zusammentritt, zu dieser Frage der Außenminister oder sein Vertreter Stellung nehmen wird.

## Was Ungarn fordert.

Spät nachts verbreitet das offiziöse ungarische Telegraphenkorrespondenzbüro folgende Meldung über den Standpunkt Ungarns:

Ungarn ist bereit, einer Erhöhung der tschechoslowakischen Weizen- und Roggenzölle zuzustimmen, und hinsichtlich des Verkehrs von Lebendvieh mit Ausnahme von Rindschweinen die Vereinbarungen zu übernehmen, die die Tschechoslowakei mit den in erster Reihe interessierten Agrarstaaten, wie Rumänien und Polen getroffen hat oder treffen wird.

## Der Schwerpunkt sei die Wehfrage.

Da die tschechoslowakische Gesetzgebung den Weh Zoll von dem Getreidezoll unabhängig gemacht, ferner die chemische Wehappretur verboten hat, die in Ungarn ohnehin nicht üblich ist, jedoch zu vegetarischen und kostspieligen Unternehmungen Anlaß gibt. Der vorläufigen Anwendung des Meistbegünstigungsprinzips konnte die ungarische Regierung nicht zustimmen, weil die Meistbegünstigung für Ungarn bloß 7 Prozent für die Tschechoslowakei dagegen 38 Prozent der in dem bisherigen Handelsverträge gesicherten Zollbegünstigungen aufrecht erhalten wurde.

Als Kompensation verlangt die ungarische Regierung, daß die in der Tschechoslowakei vorgeschriebene Vermengung heimischen Weizens mit fremdländischen von 75 auf 50 Prozent ermäßigt wird, die Bestimmung aber, daß ausländisches Mehl nur mit heimischem Mehl vermischt in Verkehr gebracht werden darf, auf ungarisches Mehl keine Anwendung finde, ferner daß die Zölle für Rindschweine auf dem im bisherigen Vertrage festgelegten Niveau stabilisiert werden.

## Das Kabinett Steeg gesichert.

Konzentration von der gemäßigten Linken bis zur Maringruppe.

Paris, 12. Dezember. Wider alles Erwarten teilte heute abends der designierte Ministerpräsident Steeg nach einem mit Beratungen ausgefüllten Tage dem Präsidenten der Republik mit, daß er die Aufgabe der Kabinettsbildung übernehme. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Kabinett noch im Laufe der Nacht gebildet wird.

Während des Tages teilten die Vertreter der Kammerfraktion der Mitte dem designierten Ministerpräsidenten mit, sie seien bereit, ein Kabinett der republikanischen Versöhnung zu unterstützen, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Sozialistischer Radikalen ihr Veto gegen eine Teilnahme Tardieus an der Regierung sowie gegen die Zusammenarbeit mit der äußersten Rechten (Marin) widerrufen.

Bisher ist es nicht bekannt, daß die Sozialistischer Radikalen ihren entschiedenen Standpunkt in den beiden angeführten Punkten geändert hätten, doch ist es möglich, daß sie jetzt größere Versöhnlichkeit befunden, da ein Mitglied ihrer Partei Ministerpräsident werden soll. In diesem Falle könnte es Senator Steeg gelingen, das lange erwartete Konzentrationskabinett zu bilden, das die Vertreter

der gemäßigten Linken mit Ausschluß der Sozialisten, ferner die Vertreter der Mitte und wenigstens ein Teil der Rechten zur Zusammenarbeit vereinigt.

## Tardieu und der Fall Duffrie.

Paris, 11. Dezember. Wie die Havas-Agentur berichtet, hat der Abgeordnete Scapini heute zu Beginn der Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der den Fall Duffrie behandelt, einen Zwischenfall dadurch hervorgerufen, daß er auf Gerüchte hinwies, denen zufolge die Rolle Tardieus in der Angelegenheit Duffrie verdächtig sei. Da sich Scapini hierbei besonders an die radikalen und die sozialistischen Ausschuhmitglieder wandte, gab dem Bericht zufolge der sozialistische Abgeordnete Renaudel die Erklärung ab, er habe in den vorliegenden Akten nichts gefunden, was erlaube, Tardieu in der Duffrie-Affäre zu verdächtigen. Der radikale Abgeordnete Daladier gab darauf eine entsprechende Erklärung ab; auch er habe unter den dem Untersuchungsausschuh vorliegenden Akten nichts festgestellt, was es erlaube, Tardieu in die Angelegenheit hineinzuziehen. Durch diese Erklärung hat, nach dem Bericht, der von Scapini hervorgerufene Zwischenfall seine Beilegung erfahren.

## Endergebnis der Wahlen auf den Bahnen.

Erfolge der Sozialdemokratie. — Die Kommunisten erhalten in keiner Diktation ein Mandat.

Die Krankentafelwahlen der Eisenbahner sind nunmehr vollständig abgeschlossen und sieht das Gesamtergebnis folgendermaßen aus: Im ganzen waren 239.299 Wähler und von 215.267 abgegebenen Stimmen waren 205.677 gültig. Davon entfallen für den Zentralausschuh der Krankentafel auf die Gruppe I. (Linie und Verband) 84.029 Stimmen, 4 Mandate; Gruppe II. (tschech. Nat.-Zog.) 64.810 Stimmen, 3 Mandate; Gruppe III. (Kommunisten) 6928 Stimmen, kein Mandat; Gruppe IV. (die übrigen 20 Ständesorganisationen) 49.903 Stimmen, 2 Mandate.

Im Aufsichtsrat der Krankentafel erhält die Gruppe I zwei Mandate, Gruppe II ein Mandat, Gruppe III und IV gehen leer aus.

Auf die einzelnen Wahlbezirke verteilen sich die abgegebenen Stimmen wie folgt:

Staatsbahndirektion Olmütz: Gruppe I. 14.350 Stimmen, 5 Mandate; Gruppe II. 7612 Stimmen, 2 Mandate; Gruppe III. 778 Stimmen, 0 Mandate; Gruppe IV. 6120 Stimmen, 2 Mandate.

Staatsbahndirektion Brünn: Gruppe I. 9182 Stimmen, 4 Mandate; Gruppe II. 6279 Stimmen, 3 Mandate; Gruppe III. 1389 Stimmen, 0 Mandate; Gruppe IV. 4602 Stimmen, 2 Mandate.

Staatsbahndirektion Prag - Nord: Gruppe I. 11.521 Stimmen, 3 Mandate; Gruppe II. 11.566 Stimmen, 3 Mandate; Gruppe III. 1290 Stimmen, 0 Mandate; Gruppe IV. 11049 Stimmen, 3 Mandate.

Staatsbahndirektion Königgrätz: Gruppe I. 10.303 Stimmen, 4 Mandate; Gruppe II. 8891 Stimmen, 3 Mandate; Gruppe III. 699 Stimmen, 0 Mandate; Gruppe IV. 4112 Stimmen, 2 Mandate.

Staatsbahndirektion Prag - Süd: Gruppe I. 8973 Stimmen, 3 Mandate; Gruppe II. 12795 Stimmen, 4 Mandate; Gruppe III. 1751 Stimmen, 0 Mandate; Gruppe IV. 5829 Stimmen, 2 Mandate.

Staatsbahndirektion Pilsen: Gruppe I. 10.051 Stimmen, 4 Mandate; Gruppe II. 8183 Stimmen, 3 Mandate; Gruppe III. 631 Stimmen, 0 Mandate; Gruppe IV. 5051 Stimmen, 2 Mandate.

Staatsbahndirektion Rajchau: Gruppe I. 7320 Stimmen, 4 Mandate; Gruppe II. 4403 Stimmen, 2 Mandate; Gruppe III. 107 Stimmen, 0 Mandate; Gruppe IV. 3886 Stimmen, 3 Mandate.

Staatsbahndirektion Bratislava: Gruppe I. 9321 Stimmen, 4 Mandate; Gruppe II. 4955 Stimmen, 2 Mandate; Gruppe III. 342 Stimmen, 0 Mandate; Gruppe IV. 6535 Stimmen, 3 Mandate.

Eisenbahnministerium: Gruppe I. 98 Stimmen, Gruppe II. 136 Stimmen, Gruppe III. 1 Stimme, Gruppe IV. 409 Stimmen.

Die Kommunisten erhielten weder im Zentralausschuh noch im Aufsichtsrat, noch in den Distriktsausschüssen eine Vertretung.

## Flucht Billudis vor dem Gericht?

Amnestie für politische Vergehen.

Warschau, 12. Dezember. Die Abendausgabe des „ABC“ (nationaldemokratisch) verzeichnet das Gerücht, daß die Regierung in der nächsten Zeit eine Amnestie für politische Vergehen zu erlassen beabsichtigt. Die Amnestie würde sich hauptsächlich auf die ehemaligen Abgeordneten der Opposition beziehen, welche während der letzten Wahlkampagne verhaftet wurden und teilweise auf freiem Fuß, bzw. noch in den Gefängnissen befinden. Auf Grund der Amnestie würde somit das strafrechtliche Verfahren gegen alle seinerzeit verhafteten oppositionellen Abgeordneten eingestellt und die von ihnen noch im Gefängnis befindlichen auf freiem Fuß gesetzt werden. Das Blatt betont, daß auf diese Weise die Prozesse gegen die ehemaligen oppositionellen Abgeordneten, welche während der Wahlkampagne verhaftet wurden, vernieden werden sollen.

## Explosion in einer französischen Patronenfabrik.

Zwei Tote und zehn Schwerverletzte.

Toulouse, 12. Dezember. In einer Werkstätte der staatlichen Patronenfabrik ereignete sich gestern abends eine heftige Explosion, durch die zahlreiche Fenster scheiterten und Türen zertrümmert wurden. Etwa 10 Personen wurden schwer verletzt, zwei Arbeiterinnen sind bereits gestorben. Die Ursache der Explosion ist noch nicht geklärt.

## Die Arbeitslosigkeit in U.S.A.

115 Millionen Dollar zur Milderung.  
Washington, 12. Dezember. (Reuter.) Der Senat nahm gestern die Gesetzesnovelle über die Durchführung von öffentlichen Bauten zum Zwecke der Milderung der Arbeitslosigkeit an. Da jedoch der Senat den vorgeschlagenen Betrag von 110 Millionen Dollars auf 115 Millionen erhöhte, muß diese Gesetzesnovelle nochmals dem Repräsentantenhaus vorgelegt werden.

## Nur ein Filmverbot?

Der Streit um den Remarque-Film „Im Westen nichts Neues“ geht auch uns an, die Deutschen in aller Welt, und nicht nur die Deutschen, sondern alle Gegner des Krieges, alle, die sich zur Demokratie bekennen, alle, die ein friedliches Nebeneinanderleben der Völker wollen und an die Menschheit glauben.

Daß der Film nun verboten wurde, nachdem der Terror brüllender Hafentruerler ein paar Tage lang gegen seine Vorführung wütete, das geht auch uns, die Auslandsdeutschen, an. Denn jedes Ereignis, jede Tat, die dem deutschen Volk zur Schande gereicht, trifft auch uns, denn wir sind mit diesem deutschen Gesamtvolk untrennbar verbunden, und es ist unser Volk, was immer es Gutes oder Böses tut. Wie nun muß das Verbot eines pazifistischen Kriegsfilms wirken, noch dazu, nachdem dieses Verbot erfolgte unter dem Druck der gewissenlossten kriegsbetrieblichen Nationalsozialisten? Wieder werden die Feinde des deutschen Volkes — und es gibt deren genug in aller Welt — schreien: „kriegsfanatisch sind die Deutschen, wie sie es zu Wilhelms Zeit waren!“ Die Nationalsozialisten diktiert der deutschen Regierung, die sich allzu willig diktieren läßt! Wie kann man abrufen, wenn das deutsche Volk immer kriegerischer wird? Und seht, wie es mit der Kultur des Deutschen steht: ein Kunstwerk unterdrücken sie bloß deswegen, weil es pazifistisch ist! In der ganzen Welt dürfte dieses Werk gezeigt werden, nur in Deutschland nicht! Ins Ausland muß sich die deutsche Kultur flüchten vor dem Terror der Nationalisten!

Wehr als die verführten Jungen, die gegen den Remarque-Film demonstrierten, je in ihrem Leben ahnen werden, hat dieses Verbot dem Ansehen des deutschen Volkes in der Welt geschadet, hat es dem deutschen Reich augenpolitisch geschadet. Denn es ist doch so, daß nicht nur politische Taten das Ansehen eines Staates und eines Volkes in der Welt bestimmen, sondern auch Art und Wesen eines Volkes, seine innere Kultur und seine Lebensäußerungen. Während des Weltkrieges hat das deutsche Volk schmerzhaft genug erfahren müssen, als es sich plötzlich, ohne sich über die Gründe klar werden zu können, in der Welt völlig vereinsamt sah.

Wieder einmal ist einem Volke schwerer Schaden geschehen durch jene dünne Schicht, die sich als die „Nationalen“ gebärden.

Hundert deutsche Diplomaten vermögen nicht gutzumachen, was Goebbels und seine Jungenschar dem deutschen Volke Böses getan.

Die Oberfilmprüfstelle begründet das Verbot damit, daß der Film die deutsche Niederlage zeige und daß es begreiflich sei, daß das deutsche Volk sich dagegen wehre, sich in einem Film seine Niederlage vorführen zu lassen. — Aber es hat doch nicht „das deutsche Volk“ gegen den Film demonstriert, sondern es krawallierten ein paar tausend Hafentruerler! Millionen Deutscher, die über große Weisheit des deutschen Volkes, wehrten sich leidenschaftlich gegen die Unterstellung, die Hafentruerler seien das deutsche Volk! Und nicht einmal die Nationalsozialisten können behaupten, durch den Remarque-Film etwa „in ihren heiligsten Gefühlen“ verletzt worden zu sein. Denn die Hafentruerluben, die gegen ihn demonstrierten, haben ihn ja gar nicht gesehen! Sie haben ja, unter des Herrn Goebbels Führung, die weißen Mäule, die sie zur Belundung ihres Deutschtums während der Vorstellung losliegen, schon mitgebracht! Sie waren „entruert“, bevor sie den Film kannten! Und die meisten Demonstranten haben den Film überhaupt nicht gesehen. Sie brüllten einfach, weil es ihnen so befohlen war. Warum also die Kundgebungen? Wird wirklich das deutsche Volk beleidigt? Nein! Aber — der Film wirkt stark pazifistisch, und deswegen der Kampf gegen ihn.



Das amerikanische Blatt „New York Sun“ schrieb über den Remarque-Film: „... er zwingt zum Nachdenken. Und wer könnte sich des Nachdenkens enthalten?“

Das ist's: der Film erschüttert, er zwingt zum Nachdenken. Die Nationalsozialisten aber wollen nicht, daß über den Krieg nachgedacht wird. Sie wollen die Erschütterung der Zuschauer verhindern.

Sie wollen wieder die alte romantische Kriegsvorstellung von „frisch-fröhlichen Krieg“ und vom schönen Heldentod in der Jugend, die den wirklichen Krieg nicht kennt, erwecken. Und sie wollen verhindern, daß die verbläute Erinnerung an die Greuel des Krieges in den Alten wieder lebendig werden.

Der Nationalismus ist kriegerisch, und deshalb will er verhindern, daß die Massen das wahre Antlitz des Krieges sehen.

Aber das Verbot des Remarque-Filmes hat noch viel größere Bedeutung als die einer Kulturschande und einer neuerlichen Stärkung des Mißtrauens der Welt gegen das deutsche Volk. Dieses Verbot ist der erste Sieg des deutschen Faschismus!

Der Terror der Nationalsozialisten hat gefiegt. Sie haben ihre Mannen aufgebieten zum Krawallmachen und vor ihrem Krawall haben die Herren der deutschen Regierung kapituliert. Zurückgewichen ist nicht nur das Kriegsministerium — ach, die Kriegsminister in aller Welt lieben weder friedensfreundliche Bücher, noch friedensfreundliche Filme. Diesem Herrn ist sein Zusammenknicken am wenigsten übel zu nehmen. Aber es ist auch zusammengeklappt der Reichsinnenminister — derselbe Dr. Wirth, der nach Athenas Ermordung den Arbeitern dauernde Kampfgenossenschaft gelobt! — und mit ihm die ganze Regierung. Die Reichsregierung hat sich dem Terror einer Minderheit gebeugt!

Und das ist ungeheuer gefährlich! Denn was hindert die Falkenkreuzer — mit den besten Aussichten auf Erfolg — ein nächstes Mal wieder ihre Beute auf die Straße zu schiden, wenn es vielleicht um wichtigere Ziele geht als um ein Filmverbot?

Der Faschismus kann aus eigener Kraft nicht siegen. Er hat auch in Italien nicht gefiegt, weil er eine „unwiderstehliche Volksbewegung“ war, sondern weil ihm die Behörden immer weniger Widerstand leisteten, weil unter dem Druck der Bourgeoisie, die in ihm die Rettung vor dem Proletariat sah, die Krone und auf deren Befehl die Regierung vor ihm kapituliert. Auch in Deutschland lebt die faschistische Bewegung, lebt der „Nationalsozialismus“ nur vom Gelde und durch den Willen des Unternehmertums. Auch in Deutschland kann der Faschismus nur siegen, wenn die Staatsmacht vor ihm kapituliert.

Noch ist es nicht so weit. Noch gibt es in Deutschland auch im Bürgertum einsichtige Menschen genug, die genau wissen, daß der Nationalsozialismus Reich und Volk ins Chaos stürzen würde. Aber: die hervorragendste politische Eigenschaft der Bourgeoisie ist die Halschichtigkeit, die Feigheit. Und

wie konnte der Bürger mutig sein, wenn der Terror sich national verleidet!

Rein, nicht auf dieses Bürgertum, auch wenn es republikanisch ist, kann die deutsche Demokratie bauen! Nur auf die Arbeiter, und nur auf sie!

Für die Arbeiter Deutschlands aber ist das Verbot des Remarque-Films, ist dieser erste Sieg des deutschen Faschismus erstbeste Warnung zu größter Wachsamkeit und höchster Kampfbereitschaft!

Urteil der Berliner Presse.

Berlin, 12. Dezember. Alle Berliner Morgenzeitungen beschäftigen sich ausführlich mit der Entscheidung der Filmoberprüfstelle auf Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“.

Die „Vossische Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ bezeichnen es als unrichtig, daß der Film geeignet sei, dem deutschen Ansehen im Auslande Schaden zuzufügen. Der „Vorwärts“ nennt das Verbot

einen Terrorerfolg. Die Sprache der deutschen Oberprüfstelle schädige das deutsche Ansehen auf das allerschwerste.

Im Gegensatz zu den drei genannten Blättern, die in dem Urteil ein Zurückweichen vor der „Straße“ sehen, unterstreicht der „Börse-Kurier“ die Bemerkung des Vorsitzenden der Filmoberprüfstelle, der sich in der Begründung dagegen verwahrt, daß das Verbot „unter dem Eindruck der Strafe“ gefällt sei. Das Blatt greift jedoch das Wort des sächsischen Vertreters zur Kennzeichnung des Urteils auf, der von einer „Wirkungszensur“ gesprochen habe. Um diese habe es sich in der Tat gehandelt. Nur damit sei der Spruch mindestens erklärlich geworden. Die „Germania“ gibt ihrer Zustimmung zu den sachlichen Gründen für das Verbot Ausdruck. Das Blatt lehnt den Film ab. Die Rechtspresse begrüßt einstimmig die Entscheidung des Filmgerichtes.

Die kommunistische Zeitung „Berlin am Morgen“ nennt das Urteil eine vollständige Kapitulation vor Hitler. Die „Rote Fabrik“ bezeichnet es als „Brünnchen erstes Koalitionsangebot an Hitler“.

Vorzüge und Mängel des neuen Jugendstrafrechts

Nede der Genoffin Blatny im Parlament. — Ein Bürgerlicher gegen die Todesstrafe.

Prag, 12. Dezember. Im Parlament wurde heute nach längerer Debatte das neue Jugendstrafgesetz in erster Lesung angenommen. Während sonst auch von oppositioneller Seite die vielen Vorzüge der Vorlage anerkannt wurden — die deutschen Christlichsozialen stimmten sogar dafür —, blieben die Kommunisten auch diesmal ihrer Taktik treu, alles, was immer von dieser Regierung kommt, von vornherein und unbesehen in Grund und Boden hinein zu verdammen und als verwerfliche Ausgeburt sozialfaschistischer Lüge hinzustellen.

Gegen diese durchsichtige kommunistische Taktik polemisierte selbst ein Vertreter des Bürgertums, der tschechische Nationalsozialist Dr. Stranek, wodurch er sich den Iron und zahlreiche Zwischenrufe der Kommunisten auf sich lenkte.

Viel bemerkt wurden auch die Ausführungen Straneks gegen die Todesstrafe, die sich auch der Justizminister anhörte.

Stranek nahm zunächst den Präsidenten gegen den Vorwurf in Schutz, daß er Todesurteile unterschreibe, und folgte aus seiner verfassungsrechtlichen Stellung, daß er faktisch die Todesstrafe nicht aufheben dürfe, solange die Demokratie sie nicht aufhebe. Redner ist auch nicht aus sentimentalen Gründen gegen die Todesstrafe; hier entscheide die Zweckmäßigkeit. Die Erfahrung lehre, daß die Verbrecher durch Hinrichtungen nicht abgelehrt werden, daß andererseits die Kriminalität nicht zunimmt, wenn ein Staat die Todesstrafe abschafft. Der Verbrecher rechne eben immer damit, strafflos auszugehen; er ist wie ein Halbdauer, der fest an Gewinn glaubt. Gegen die Todesstrafe spricht nicht die Rücksicht auf den Verbrecher, sondern die Rücksicht auf die Gesellschaft, die die Strafe vollziehen muß, und die Achtung vor dem Geheimnis des Lebens. Allerdings müsse vor Aufhebung der Todesstrafe die ganze Strafgerichtsbarkeit verschärft werden; wenn an Stelle lebenslänglicher Kerker für Mord die Entlassung nach 15 Jahren trete, dann sei das keine ausreichende Sühne. Ein Mörder müsse für immer aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, das Kriminal dürfe dann aber auch keinem Hotel

gleichem, sondern müsse wirklich eine harte Zucht sein.

Genoffin Blatny

setzte sich mit größter Wärme für entsprechende erzieherische Einwirkung auf straffällige Jugendliche ein, deren „Verbrechertum“ ja doch meist auf das soziale Elend ihrer Kindheit zurückgeht. Sie begrüßt die zahlreichen Vorzüge des Gesetzes, in dem auch viele unserer Verbesserungsanträge Berücksichtigung finden, verschweigt aber auch nicht die Mängel, die dem Gesetz noch anhaften.

Genoffin Blatny weist einleitend auf die mütterliche Behandlung der Jugend im Strafgesetz hin; im Motivbericht hat der Justizminister in anerkannter Offenheit darauf aufmerksam gemacht, daß die Tschekoslowakei einer jener wenigen Kulturstaaten sei, wo die Jugendgerichtsbarkeit in keinerlei Einlassung mit dem modernen Erkenntnissen der Kriminalwissenschaft steht. Als neuer im Sommer Ministerialrat Dr. Šand, der Leiter unseres Fürsorgewesens, feststellte, daß es insbesondere Jahrgänge zwischen dem 16. und 26. Lebensjahre seien, die die größte Kriminalität aufweisen, haben die Zuhörer erstrecht aufgehört. Wir Sozialisten waren von diesen Feststellungen nicht überrascht.

Verleumdung, große Not und Kriminalität stehen ja in engem Zusammenhang.

Als ich mich vor kurzem in einem Ergebirgsort nach der Lebenshaltung der Bevölkerung umsah, mußte ich erfahren, daß der Konsum aus schärfster eingeschränkt sei. Kornkaffee, Kartoffeln, trockenes Brot und Brotreste sind es, wovon sich die Familien ernähren. Während die Eltern arbeitslos sind, müssen die Kinder oft tagelang herumzogen, um selbst diese Brotreste erst zusammenzubetteln. Beim Betteln bleibt es aber vielfach nicht. Langandauernde Arbeitslosigkeit ist in hohem Grade geeignet, auf junge Menschen in sittlicher Beziehung verheerend zu wirken und sie völlig aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Die Gesellschaft weiß nichts von Tausenden

solcher Kinder, wie sie leben und verderben. Sie lernt sie erst kennen als Objekt bei Gerichtsverhandlungen und als Nummer in der Strafanstalt.

Ist es denn nicht allgemein so, daß die Proletariatskinder mit 14 Jahren mitten in den Existenzkampf gestellt werden? In dieser Zeit der Pubertät mühen sie ganz besonders sorgsam bereitet werden, so aber müssen sie schauen, wie sie mit sich selbst fertig werden. Tausende solcher Existenzen gehen in diesen Jahren zugrunde, obgleich sie gerettet werden könnten — allerdings nicht mit den Methoden unserer Jugendgerichtsbarkeit und unseres Strafvollzuges.

Der leitende Gedanke des vorliegenden Entwurfs ist die

Ablehnung der Vergeltungstheorie.

ist der Erziehungsgedanke. Es ist außerordentlich wichtig, daß zehn- bis 14jährige Kinder, die bisher dem Strafrichter überantwortet waren, nunmehr dem Vormundschaftsgericht überstellt werden, während für 14- bis 18jährige ein neues Recht geschaffen wird. Die Vorlage führt einen neuen Begriff, das „Verstüßeln“ Jugendlicher ein, und eine neue Strafform, die Verschleppung, die keine Straffolgen nach sich zieht und Ehrenfolgen ausschließt. Begrenzenderwert ist weiter die Einrichtung der bedingten Urteilsfällung und der bedingten Entlassung. Selbst begriffen wir auch die Einrichtung einer sozialen Gerichtshilfe und die Befreiung eigener für diesen Dienst geschulter Richter.

Die Polizeiaufsicht ist befristet

und das ist gut so, denn sie hat sich vielfach verhängnisvoll ausgewirkt und den Beaufichtigten es fast unmöglich gemacht, sich wieder sozial in die Gesellschaft einzugliedern. Die neue Schulpflicht wird für sorgfältigeren und sozialeren Charakter haben; sie wird ergänzt durch die Schutzverteilung. Für den Strafvollzug sind besondere Anstalten vorgesehen; er wird ganz auf Erziehung und berufliche Ausbildung eingestellt.

Genoffin Blatny beschäftigt sich dann eingehend mit den Mängeln des Strafvollzuges überhaupt und kritisiert die durchweg veralteten Arbeitsmethoden in unseren Strafanstalten. Die Zerklinge, die auf diese Arbeitsmethoden eingestellt sind, stehen nach ihrer Entlassung der Welt gänzlich fremd gegenüber. Sie nehmen den Kampf um ihre Existenz mit gänzlich ungeeigneten Mitteln auf und werden nach einigen verunglückten Versuchen wieder rückfällig, besoffen von neuem die Gefängnisse.

Bei der Ausschubberatung wurde eine Reihe unserer Verbesserungsanträge günstig erledigt; auch dem Referenten gebührt volle Anerkennung.

Doch ist das Gesetz keineswegs vollkommen.

So finden wir bei Verbrechen, auf die bei Erwachsenen die Todesstrafe oder lebenslänglicher Kerker steht, für Jugendliche Verschleppung von ein bis zu zehn Jahren, bei 16- bis 18jährigen sogar bis zu 15 Jahren; das ist eine Ungeheuerlichkeit. Es fehlt ferner die konsequente Abschaffung der Erbschaften von den Rückfälligen, sogar von den Erwachsenen. Dadurch werden die besseren Elemente rettungslos den schlechteren ausgeliefert.

Vor den Landgerichten sollten Jugendliche überhaupt nicht gestellt werden; sie werden dadurch nur von der übergroßen Bedeutung ihrer Tat erfüllt und das kann sich nicht pädagogisch auswirken. Auch die Abgrenzung des jugendlichen Alters wäre zu demängeln. Man hätte das Unmündigkeitsalter auf 16 Jahre hinaufsetzen sollen, das jugendliche Alter auf 20 Jahre, denn erst in diesem Alter ist der Mensch voll für seine Tat verantwortlich zu machen.

Das dringende Erfordernis ist es jedoch, geeignete Erziehungsanstalten für diese gefährdete Jugend zu schaffen; in dieser Beziehung ist bei uns noch viel nachzuholen. Es sind an den

Billo, Sohn von Wotan

Von J. O. Curwood.

Er möchte sich im Schnee wälzen, mit seiner Gefährtin umherhüpfen, er möchte hellen, seinen Kopf in die Höhe werfen und heulen, wie er beim „Roten Mond“ dort hinten bei der Blodhütte gehault hatte. Doch etwas hielt ihn ab, vielleicht das Verhaken Maheegun. Sie hatte seine Aufmerksamkeit ohne besonderen Ausdruck der Freude hingeworfen, und ein- oder zweimal schien sie gar erschrocken zu sein. Billo hatte sie schon zweimal, seit sie den Berggipfel hinaufgestiegen waren, mit den Zähnen knirschen hören. Cestern aber und während des ganzen Schneefalls in der Nacht waren ihre Beziehungen immer freundschaftlicher geworden, jetzt aber trat eine geheimnisvolle Kälte bei Maheegun ein.

Pierrot hätte das erklären können. Der weiße Schnee unter Billo und um ihn, der helle Mondschein und die Sterne am nördlichen Himmel hatten in Billo — ähnlich der Nacht — eine Veränderung hervorgerufen. Sein Pelz sah aus wie poliertes Blei. Jedes einzelne Härchen glänzte schwarz! Und das war es ja gerade. Die Natur jagte Maheegun, daß kein Tier von dem Geschlecht der Wölfe so gefürchtet und so gehaßt wird wie das schwarze. Das sagte ihr nicht die Erfahrung, sondern ein bestimmtes Gefühl, das sich auf die uralte Fehde zwischen dem grauen Wolf und dem schwarzen Bären stützte; und Billos Pelz erschien im Mondlicht und mit dem Schnee viel schwarzer als das Fell, dessen Muster sich in den schwarzen Markierungen rühmen konnte. Bis dorthin, wo sich die Ebene in ihrer ganzen Breite in die Landschaft auslief, war die junge Wölfin Billo ohne zu zögern gefolgt. Jetzt aber trat etwas Be-

fremdendes und Unschlüssiges in ihrem Verhalten zutage. Sie blieb zweimal stehen und hätte Billo am liebsten allein weiterziehen lassen.

Als sie nach Verlauf einer Stunde auf die Weiten der Ebene gelangten, vernahm sie plötzlich von Westen her das Heulen des Rudels. Es war nicht weit entfernt, nicht weiter als fünfzehnhundert Meter am Fuße des Bergrückens entlang zu suchen; das scharfe und heulende Heulen, das dem ersten Ausbruch folgte, ließ vermuten, daß die Räuber ein Stück Wild ausgehört hatten, ein Karibu oder einen jungen Elch, und ihm hart auf den Fersen waren. Raum hatte Maheegun die Stimmen vernommen, als sie die Ohren zurücklegte und wie ein Pfeil davonschoß. Ihre unerwartet rasche Bewegung verschaffte ihr bei dem Wettlauf über die Ebene Billo gegenüber einen gewaltigen Vorsprung. Sie rannte blindlings vorwärts vom Glück begünstigt. Fünf Minuten vielleicht waren die Wölfe ihrer Peute so nahe, daß sie keinen Laut mehr gaben. Das ganze Rudel jagte dabei Maheegun und Billo unmittelbar entgegen. Billo rannte keine sechs Yängen hinter der jungen Wölfin her, als es in dem Unterholz unmittelbar vor ihnen traufte. Beide hielten so plötzlich im Laufen inne, daß sie mit dem gespreizten Vorderläufen und dem auf dem Boden gleitenden Hinterteil den Schnee aufwirbelten. Zehn Sekunden später brach das Karibu durch und stürzte kaum zwanzig Meter vor Billo und Maheegun über die Ebene. Sie konnten es in dieser kurzen Zeit, als es an ihnen vorüber floh, sogar leuchten hören. Und hinternach folgten die Wölfe.

Beim Anblick dieser jagenden Masse grauer Körper schlug Billo im ersten Augenblick das Herz bis zum Hals. Er vergaß Maheegun, vergaß, daß sie von ihm fortgerannt war. Auch Mord und Sterne waren für ihn nicht mehr vorhanden. Er spürte die Kälte des Schnees unter den Füßen nicht mehr, er war ein Wolf,

ein ganzer Wolf. Die warme Witterung des Karibu in den Nüstern und von dem leidenschaftlichen Verlangen getrieben zu läten, das wie Feuer in ihm brannte, stürmte er hinter dem Rudel her. Sogar jetzt war ihm Maheegun ein Stück voraus. Aber er vermählte sie nicht. In der Erregung seiner ersten Jagd fühlte er nicht mehr das Bedürfnis, sie an seiner Seite zu haben. Schon nach kurzer Zeit jagte er dicht neben einem dieser grauen Ungeheuer, und in der nächsten halben Minute stürmte ein neuer Wolf hinter ihm aus dem Unterholz hervor und dann ein zweiter und ein dritter. Zeitweise rannte er Schulter an Schulter mit seinem neuen Gefährten. Er hörte das verbaltene Winseln in ihren Kehlen und das Schnappen ihrer Kiefer und andlich dicht vor ihnen im silbernen Schein des Mondes das Karibu wie es durch Dämonen und über Winddrüche hinweg rennend sein Leben zu retten suchte. Billo war es, als hätte er schon immer zu dem Rudel gehört. Er hatte sich ihm ganz einfach angeschlossen, wie es andere im Wald verirrt Wölfe auch getan hätten. Es gab keine Vorstellung, keine Begründung, wie sie ihm Maheegun auf der Ebene gewährt hatte, und keine Feindseligkeiten. Er gehörte zu diesen schlanken, schnellfüßigen Augenleutern der Waldbewohner und schnappte selber mit den Riefen. Als die Witterung des Karibus stärker wurde, rollte sein Blut schneller. Billo kam dem fliehenden Karibu immer näher.

Er wählte, dem Karibu fast auf den Fersen zu sein, als sie wieder auf freies Gelände kamen. Ein Streifen lehrer Fläche lag in dem Licht des Mondes und der flimmernden Sterne vor ihnen. Nirgends ein Baum oder ein Strauch. Mit kaum hundert Meter Vorsprung rannte das Karibu über den völlig unberührten Teppich der kalten Schneefelder. Jetzt verfolgten die beiden Wölfe an der Spitze nicht mehr unmittelbar die Spur des gejagten Tieres, sondern trennten sich in einem Winkel, der eine nach rechts, der

andere nach links ausbiegend. Die ausgebildete Soldaten teilten sich die übrigen Wölfe in zwei Abteilungen und schwärmten in fächerförmiger Anordnung für den letzten Angriff aus. Die beiden äußersten Tiere jagten nach vorn und bogen dann nach innen, bis die Anführer fast in gleicher Höhe mit dem Karibu, jedoch in etwa fünfzehn Meter Entfernung angekommen waren. So hatte das Rudel schnell und geschickt, aber auch mit tödlicher Sicherheit einen hufeisenförmigen Ring reißender Fänge gebildet, aus dem es nur noch ein Entrinnen gibt: mit noch größerer Schnelligkeit geradeaus! Ein Abschwächen um einen halben Grad nach links oder rechts hätte für das Karibu den unfehlbaren Tod bedeutet. Es war Aufgabe der anführenden Tiere, die Enden des Hufeisens allmählich zu schließen, bis das eine oder das andere oder auch beide Gelegenheiten haben, den verhängnisvollen Biss in die Fughelen auszuführen. Gelängt dieser Angriff, ist das übrige leichte Sache. Wie eine Ueberstimmung wird das übrige Rudel über das Karibu herfallen.

Billo hatte ziemlich am Ende des Hufeisens seinen Platz gefunden, so daß er in aller nächster Nähe war, als der letzte Ausfall gemacht wurde. Die Ebene lief ganz plötzlich in einem Abhang aus. Unmittelbar im Vordergrund glänzte ein Wasser und das Licht der Sterne überzog es mit einem jarten Schimmer. Als das Karibu das Wasser entdeckte, jagte sein Blut mit einem plötzlichen Stoß noch rascher durch sein zum Bersten schlagendes Herz. Vierzig Sekunden, würde die Geschichte erzählen, vierzig Sekunden eines letzten Wettlaufes ums Leben, einer letzten furchtbaren Anstrengung, um dem Tod zu entfliehen. Billo fühlte die heiße Erregung dieser Augenblicke und jagte mit den andern, die sich am Ende des Hufeisens hielten, nach vorn, als einer der Anführer dem Karibu an die Fesseln sprang.

(Fortsetzung folgt.)



bestehenden Anstalten zu wenig Lehrer angestellt, die außerdem noch mit administrativen Arbeiten überhäuft sind. Unter solchen Umständen sind pädagogische Erfolge auch bei den besten Lehrern nicht zu erzielen.

**Das Gesetz bliebe Stückwerk, wenn es nicht durch ein Jugendberufungsgesetz vervollständigt wird.** Wir wissen, daß Minister Dr. Ciesch nach dieser Richtung hin seine soziale Pflicht erfüllt hat und daß dieser Entwurf nur noch der interministeriellen Behandlung bedarf. Rednerin ermahnt die Regierung und alle Parteien, auch dieses Gesetz nach Kräften zu fördern.

Für das vorliegende Gesetz wird unsere Partei gerne stimmen. Aber auch das modernste Jugendstrafgesetz wird die Kriminalität der Jugend nicht dauernd beeinflussen, solange alle Bestrebungen nach Hebung des Lebensstandards der Arbeiterschaft von einer engstirnigen Bourgeoisie bekämpft werden! (Lebhafter Beifall.)

Im Schlußwort legte sich Referent Genosse Dr. Winter mit den Vorwürfen von klassischer Seite gegenüber der Laienschule auseinander, die angeblich an der sinkenden Moral schuld sei, und verplüßte die kommunistischen „Argumente“, die man sich in der Debatte anhören mußte. Er betont ausdrücklich, daß die Jugendlichen in den Erziehungsanstalten national getrennt werden sollen, so daß eine Entnationalisierung nicht zu befürchten ist.

Nächste Sitzung am Montag, den 15. ds. um 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der 150 Millionen - Kredit, der heute nach dem Plenum vom Budgetausschuß bereits fertiggestellt worden ist.

**Senat.**

**Prag, 12. Dezember.** Der Senat hielt heute gegen Mittag zwei ganz kurze Sitzungen ab. In der ersten wurde der Ausschussbericht über den Staatsvoranschlag für 1931, eine Regierungsvorlage über die Verstaatlichung der Reichenberg-Gablonz-Tannwalder Bahn, die Vorlage über die Arbeitsgerichte und der Handelsvertrag mit Chile sowie die Umsatzsteuervorlage aufgelegt.

Vorsitzender Dr. Soukup begründete dann in einer längeren Erklärung das Vorgehen des Präsidiums, das aus einer kommunistischen Interpellation einige Ausdrücke, die die öffentliche Sittlichkeit verletzten, herausgestrichen hatte. Dazu wurde der Staatsrechnungsabschluss für 1929, über den die Debatte bereits in der vorigen Sitzung abgeführt worden war, samt dem im Ausschussbericht abgedruckten Resolutionen genehmigt.

In der zweiten Sitzung wurden die aufgelegten Vorlagen den Ausschüssen zugewiesen, darunter die Umsatzsteuer mit dreistöcker Zins.

Nächste Sitzung Montag, den 15. Dezember um 15 Uhr. Tagesordnung: Budget für 1931.

Unsere Fraktion brachte, wie wir bereits gemeldet haben, nun auch im Senat einen Antrag **Hollischer-Naxos** über besondere Vorschriften zum Schutz der in Radiumbetrieben beschäftigten Personen ein; der Antrag deckt sich mit dem Antrag **Pohl-Proxik** im Abgeordnetenhause, über den wir bereits vor einigen Tagen ausführlich berichtet haben.

**Arbeitsgerichte.**

**Die Vorlage im Senat eingebracht.**

Die Vorlage über die Arbeitsgerichte, die gestern im Senat vorgelegt wurde, verfolgt einen doppelten Zweck: einerseits die verschiedenen Arten der Entscheidung in Streitigkeiten aus dem Arbeits-, Dienst- und Lehrverhältnis zu vereinheitlichen, andererseits das bisherige Gewerbegerichtswesen zu reformieren. Heute ist das Verfahren in derartigen Streitfällen nach den Ländern und nach den einzelnen Dienst- und Arbeitsverhältnissen verschieden. Die Vorlage vereinheitlicht diese verschiedenen Arten der Lösung derartigen Streitigkeiten aus dem Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnis, indem sie die Entscheidung darüber grundsätzlich neuen Arbeitsgerichten oder in Bezirken, wo selbständige Arbeitsgerichte nicht errichtet werden, besonderen Abteilungen der Bezirksgerichte zuweist, die ganz so organisiert sein werden wie die selbständigen Arbeitsgerichte. Dort, wo die Zahl der Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis so gering ist, daß es nicht zweckmäßig wäre, dafür eine eigene Abteilung zu errichten, sollen die ordentlichen Bezirksgerichte entscheiden.

Besondere Vorschriften werden auch weiterhin für Streitfälle aus dem Arbeitsverhältnis der Bergarbeiter gelten, für die die Bergarbeiterchiedsgerichte erhalten bleiben; außerdem bleibt auch die bisherige Wirksamkeit anderer Organe erhalten, die auf Grund des Betriebes eingerichtet wurden; ferner wird es zulässig sein, daß durch Kollektivverträge oder ähnliche Vereinbarungen die Entscheidung über Arbeitsstreitigkeiten auf Schiedsrichter oder vereinharte Schiedsgerichte übertragen werden kann.

Die Organisation der Arbeitsgerichte, bzw. der besonderen Abteilungen bei den Bezirksgerichten soll ähnlich sein wie bei den Gewerbegerichten. Die Senate werden aus einem Berufsrichter als Vorsitzenden und aus zwei Beisitzern zusammengesetzt sein, von denen einer aus den Kreisen der Angehörigen, der andere aus Unternehmerkreisen erwählt wird. Die Ernennung wird nach den verbindlichen Vorschlägen der Gewerkschaftsorganisationen erfolgen. Für bestimmte Arbeitsverhältnisse und Dienstleistungen werden besondere Abteilungen der Arbeitsgerichte errichtet werden. Aber auch dort, wo dies nicht der Fall ist, sollen zur Entscheidung immer nur Beisitzer be-

rufen werden, die aus denselben oder wenigstens aus einem verwandten Arbeitszweig stammen wie die Streitparteien.

Das Verfahren soll sich von dem vor Gewerbegerichten grundlegend unterscheiden. Während bisher bei Gewerbegerichten die Kreisgerichte die oberste Instanz waren, wird bei Arbeitsgerichten unter denselben Bedingungen wie bei den ordentlichen Gerichten die Berufung an das Oberste Gericht möglich sein. Auch das Verfahren in der ersten Instanz wird durch eine Reihe von Vorschriften neu geregelt, die den Beschwerden über das bisherige Verfahren bei den Gewerbegerichten Rechnung tragen. In beschränktem Maße wird auch

die Vertretung durch Advokaten zugelassen, die bei den Gewerbegerichten völlig ausgeschlossen war. Das erwies sich als notwendig, weil die Arbeitsgerichte bei ihrer erweiterten Kompetenz auch über Streitigkeiten zu entscheiden haben, bei denen es um sehr beträchtliche Summen geht.

Neben der Entscheidung in Einzelstreitigkeiten werden den Arbeitsgerichten auch die Schiedsrichter-tätigkeit bei Kollektivkonflikten anvertraut. Dazu kann es aber nur auf übereinstimmendes Geheiß beider Parteien kommen. Ausgeschlossen sind Konflikte in der Landwirtschaft, wo die Wirksamkeit der bisherigen Organe erhalten bleibt.

**107 Nazis schützen das Kapital!**

In der Sitzung des Deutschen Reichstages vom Dienstag, den 9. Dezember 1930, stimmte die nationalsozialistische Fraktion geschlossen gegen folgende Anträge:

1. Alle Vermögen über 500.000 Reichsmark werden einer einmaligen Steuer von 20 vom Hundert unterworfen.
2. Alle Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen werden einer Steuer in Höhe von 20 vom Hundert der Ausschüttung unterworfen.
3. Alle Aufsichtsrats-Tantiemen und ähnliche Vergütungen unterliegen einer Sondersteuer in Höhe von 20 vom Hundert.
4. Alle Einkommen über 50.000 Reichsmark werden mit einer Sondersteuer in Höhe von 20 vom Hundert jährlich belegt.

Infolge der kapitalfreundlichen Haltung der Nationalsozialisten wurden diese Anträge mit 319 gegen 197 Stimmen abgelehnt. Für die Anträge stimmten nur die Sozialdemokraten und Kommunisten.

Hätten die Nationalsozialisten für diese Anträge gestimmt, so wären sie mit etwa 300 gegen 215 Stimmen angenommen worden.

Am 9. Dezember haben sich die Nationalsozialisten selbst die Maske vom Gesicht gerissen. Sie sind und bleiben entgegen allen ihren Versicherungen und Anfeindungen die Schutztruppe des Kapitals!

**40.000 Mark verschoben durch den Brecher der Zinsnechtshaft, Herrn Gottlieb Feder.**

**Patentreuzreden — Patentreuztaten.**

Der **„Tag“** bringt jetzt spaltenlange Ergüsse des bekannten **Gottlieb Feder**, derzeit nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter, über die Notwendigkeit der „Brechung der Zinsnechtshaft“, wuschmaubende Artikel gegen Börsen, Börslaner und Börslengeschäfte. Derselbe Herr Feder hat sich vor kurzem ein besonderes Verdienst um die Durchscheidung des **Datenskreuzes** mit einer Reichstagsrede erworben, in der er bekanntlich die Anerkennung des **Privatigentums** durch die Nationalsozialisten betonte, denen man nicht „sozialistische Tendenzen unterstellen“ dürfe! Aber immerhin: Zinsnechtshaft und Börsen! Was der Feder besitzigen Sager! Wie er handelt! (in jedem Sinne des Wortes), sei an folgenden Tatsachen veranschaulicht.

Feder war einen Tag lang „Finanzminister“ beim Hitler-Putsch. Am 9. November 1923 erließ er eine Verfügung, in der es hieß: „Jede Veränderung oder Verschiebung der Vermögensbestände wird bestraft.“ Einen Tag vorher aber hätte sich folgendes ereignet, wie ein Baubeamter als Zeuge in der Untersuchung nach dem Hitler-Putsch ausgesagt hat:

Gottfried Feder erschien am 8. November 1923 beim Bankhaus Schneider & Münzling nachmittags 1½ Uhr und eruchte die Schalterbeamten um sofortige Aushandigung der dazuliegenden und in einem vorher abgefassten Briefe näher bezeichneten Stücke. Er begründete sein Ersuchen damit, daß er sofort eine größere Geldsumme brauche und die Aktien als Pfand geben müsse. Vom Schalterbeamten wurde ihm bedeutet, daß das nicht möglich sei, weil eine Anzahl Papiere nicht hier, sondern auswärts liege. Feder sprach

dann noch beim Teilhaber des Bankhauses Kommerzienrat Schneider selbst vor. Dieser ging mit Feder zum Schalterbeamten in der Absicht, daß der Wunsch des Feder vielleicht doch noch erfüllt werden könnte. Es war aber nicht möglich.

Mehrere Tage später erschien dann ein mit **Vollmacht** versehener Mann, der den Namen **Kara** angab, und hob die Aktien für Feder ab.

Herr Gottfried Feder entschuldigte sich in der Reichstagsitzung damit, daß er bereits im Oktober sein Bankdepot abheben wollte und daß es sich dabei nur um geringe Werte gehandelt habe. Demgegenüber stellte Genosse Keil fest, daß es sich um Wertpapiere im

**Gesamtbetrag von ungefähr 40.000 Goldmark** gehandelt hat.

Es steht also aktienmäßig fest, daß Herr Gottfried Feder, der Finanzsachverständige der Nationalsozialistischen Partei, der die „Brechung der Zinsnechtshaft“ erfunden hat und dessen Partei in einem Antrag an den Reichstag die Befreiung der Börsen verlangt, folgendes getan hat:

1. Er spekulierte an der Börse.
2. Er bezog aus dem Börsenspiel hohe Zinsen, Dividenden und Kursgewinne.
3. Er wollte als Reichsminister jede Veränderung oder Verschiebung der Vermögensbestände bestrafen.
4. Sein eigenes Vermögen aber hat er selbst vorher noch in Sicherheit gebracht.

Das ist der Führer einer Arbeiterpartei! Einer der großen Apostel des Messias Hitler, die jetzt den Lesern des „Tag“ täglich das nationalsozialistische Heil predigen! Der „Tag“ aber wird wahrscheinlich eher die Zinsnechtshaft ewig ungeschonden lassen, als daß er etwa obiges Geschicklichen den wertigen „Tag“ wieder erzählen würde.

**Die mährische Budgetdebatte beendet.**

**Brünn, 12. Dezember.** (Eigenbericht.) Heute wurde die Budgetdebatte über den Landesvoranschlag für 1931 nach der Beratung der Kapitel Schulwesen, Kultur, Investitionen abgeschlossen. Während einer Rede des deutschen christlichsozialen Landesausschussleiters **P. Sink** im Schulwesen kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Redner und dem tschechischen Minister **R. Rudolfer**, der sich als Vahrer der uesten Traditionen des tschechischen Chauvinismus aufspielte. Es war ein absonderlicher Anblick die beiden Priester der Rächtskirche im wichtigsten nationalistischen Streit gegen einander zu sehen. Schließlich aber wurde die Debatte programmäßig beendet. In der heutigen Sitzung wurde auch ein Antrag auf Beschleunigung der **Zukunftsgelder** eingebracht.

Zur Verlaute des Tages wurde im Hause bekannt, daß sich das Präsidium während der vorgestrigten Nachsitzung eines schweren Verstoßes gegen die für die Tagung der Landesvertretung geltenden gesetzlichen Bestimmungen schuldig gemacht hätte, da ohne jede Mitteilung des Vorsitzenden während der Obstruktionsrede des Kommunisten **Chabera** die Galerien gesperrt worden seien und der Dessenlichter der Zutritt nicht gestattet worden wäre. Dies wäre natürlich ein kaum glaublicher Verstoß gegen die primitivsten Grundzüge, der, wenn er nachweisbar ist, von der Landesvertretung nicht ruhig geluldet werden könnte. In seinem Schlußwort kam der Finanzreferent **Drobny** auf die in der Debatte geübte Kritik im Voranschlag zu

sprechen und erklärte, daß auch er kein Feind der Verwaltungsreform sei (seine Partei aber hat dieses Gesetz mit beschlossen!) und meinte, daß auch er die Wünsche, die von vielen Rednern in Bezug auf höhere Dotierung vor allem der Post für soziale Fürsorge und Gesundheitswesen als begründet ansehe, doch könne diesen Wünschen leider nicht entsprochen werden. (Wozu bederkt werden muß, daß eine Verschönerung im Voranschlag selbst zur Erfüllung dieser mehr als berechtigten Wünsche geführt hätte, wenn bei allen der Wille und das Verständnis vorhanden gewesen wäre.)

Die Abstimmung über das Budget findet morgen statt.

**Eine „widerlegte“ Volkszählungsbeschwerde.** Der auch von uns berichtete vorchriftswidrige Vorzug des Volkszählungskommissärs **Soubrada** in **Milensvice**, Bezirk Pilsen, gegenüber dem deutschen Eisenbahner **Berger** wurde von den amtlichen Stellen dezentriert und auch in tschechischen Blättern bestritten. Dabei wurde behauptet, daß der betreffende Zählkommissär am 29. November nur zu „Informationszwecken“ die Leute angeschaut habe. Auch wird zum Beweise seiner Objektivität angeführt, daß bei allen Familienangehörigen **Bergers** deutsche Nationalität eingetragen worden sei. Dazu können wir nach Einholung genauer Informationen feststellen: **Es ist unwar, daß am 29. v. M. nur Informationen eingeholt wurden; wahr ist, daß bereits an diesem Tage die amtlichen Eintragungen vorgenommen worden sind.** Die Zahlung wurde allerdings mit Aufnahmsbogen vorgenommen, was **Berger** nicht wußte, weil ihm keine



**Schmackhafter Schmuck**

für den festlichen Weihnachtsbaum und ebenso wohlschmeckende wie billige Bäckereien und Striezel auf den Tisch der Festtage - diese alljährliche grobe Frage löst die kluge Hausfrau mit Leichtigkeit; sie befolgt den Rat:



nähere Aufklärung gegeben worden war. Die Eintragung der deutschen Nationalität der Kinder wurde nur über den energischen Protest **Bergers** vollzogen. Unbestreitbar ist ferner, daß **Berger** in eine fremde Wohnung gerufen und dort vor unehrlichen Zeugen um seine Nationalität ausgefragt wurde. Man sieht also, daß sich der ganze, sehr merkwürdige Vorgang nicht wogementieren läßt, auch wenn der betreffende Zählkommissär **Bertrauensmann** der Agartpartei und persona grata bei der Pilsener Bezirksbehörde ist.

**Verbot eines Stahlhelmfilms.**

**Berlin, 12. Dezember.** Der Zensurprästelle wurde heute der gemeinsam vom Stahlhelm und der Naturfilmgesellschaft **Schonger** hergestellte Film des ersten Reichspräsidententages in Koblenz zur Prüfung vorgelegt. Die Kammer kam zu einem Verbot des Filmtreifens, obwohl sich die Sachverständigen des zuständigen Amtes, des Reichswehrministeriums und des Reichsinnenministeriums für die unbeschränkte Zulassung des Filmtreifens einsetzten. Der Beschluß, daß der Film nicht zugelassen sei, wurde damit begründet, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet werden könne. Auch die Beziehungen Deutschlands zum Auslande seien gefährdet, da man danken aus den gezeigten Bildern die militärische Bereitschaft Deutschlands zum Kriege erkennen könnte.

Dieser Begründung fügte der Vorsitzende die überzählende Erklärung zu, daß er selbst bei der Filmoberprästelle Beschwerde gegen die Entscheidung einlegen werde, weil der Beschluß in striktem Gegensatz zu den Gutachten der Sachverständigen stehe.

**Schnee- und Wetterberichte.**

**Nieren- und Kirgische:** Krenell: 1 unter, 15 Jm. Schnee, pulvrig, bewölkt. - Koadly: 2 unter, 5 Jm. Schnee, trocken, bewölkt. - Ostböhmen: 1 unter, 5 Jm. Alt., 15 Jm. Neuschnee, trocken, bewölkt. - Benschke: 1 ober, 10 Jm. Alt., 5 Jm. Neuschnee, trocken, bewölkt. - Schüsselbunden: 1 unter, 20 Jm. Neuschnee, pulvrig, bewölkt. - Elbthalbunde: 6 unter, 20 Jm. Alt., 20 Jm. Neuschnee, pulvrig, sonnig. - Peltz: 6 unter, 20 Jm. Neuschnee, pulvrig, bewölkt. - Stadtschande: 3 unter, 20 Jm. Alt., 20 Jm. Neuschnee, pulvrig, bewölkt. - Spudermühle: 21. Peter: 2 unter, 5 Jm. Alt., 15 Jm. Neuschnee, pulvrig, bewölkt. - Weiergunde: 3 unter, 20 Jm. Alt., 20 Jm. Neuschnee, pulvrig, bewölkt. - Fuchshergaude: 5 unter, 20 Jm. Neuschnee, locker, neblig. - Peger: 1 unter, 10 Jm. Neuschnee, locker, bewölkt. - Töpferbunde: 3 unter, 10 Jm. Alt., 5 Jm. Neuschnee, pulvrig, bewölkt. - Jahnhaude: 20mweide: 3 unter, 10 Jm. Alt., 20 Jm. Neuschnee, pulvrig, bewölkt. - Schwarzschlagbunde: 6 unter, 20 Jm. Alt., 20 Jm. Neuschnee, pulvrig, bewölkt. - Johannisbad: 3 unter, 10 Jm. Alt., 10 Jm. Neuschnee, pulvrig, bewölkt.

**Ergebnisse:** Reilberg-Hotel: 7 unter, 20 Jm. Schnee, 10 Jm. Neuschnee, Sportverhältnisse gut. - Fleberg: 3 unter, 10 Jm. Neuschnee, es schneit, Sportverhältnisse gut. - Oberwiesenthal: 3 unter, 12 Jm. Schnee, Stöße und Nebel, Bahn gut, Schmelz. - Richteberg: 5 unter, 16 Jm. Schnee, Stöße und Nebel, Bahn gut. - Gottesgunde: 4 unter, 20 Jm. Neuschnee, locker, neblig. - Joachimthal: 9 Grad, 20 Jm. Neuschnee, locker, neblig.

**Schneebericht:** Spidberg-Hotel: 1 unter, 20 Jm. Schnee, Stöße sehr gut. - Markt Gienkein: 2 unter, 20 Jm. Neuschnee, Stöße sehr gut. - Schwarzfippe (Therberg): 4 unter, 20 Jm. Schnee, neblig, bewölkt. - Vauzer: 5 unter, 10 Jm. Neuschnee, locker, Schmelz. - Stubenbad: 3 unter, 15 Jm. Schnee, getrennt, Nebel. - **Altbauer- und Spigiger-Bericht:** Bad Karlsbrunn: 1 unter, 12 Jm. Neuschnee, Stöße und Nebel, Bahn mäßig, milde. - Brämalbunde: 6 Grad, 4 unter, 15 Jm. Neuschnee, Sportverhältnisse mäßig, trüb. - Spidberg: 3 unter, 15 Jm. Schnee, 5 Jm. Neuschnee, Stöße loblich, Nebel, Bahn gut. - Dschimor-Schuhhaus: 5 unter, 20 Jm. Neuschnee, Stöße sehr gut, Nebel, Bahn gut, Schmelz. - Kamlau: 2 unter, 20 Jm. Neuschnee, Stöße gut, Nebel. - Koler Berg: 4 unter, 20 Jm. Schnee, 20 Jm. Neuschnee, Stöße sehr gut, Nebel, Bahn gut, bewölkt. - Spigiger: 2 unter, 20 Jm. Schnee, 5 unter, 20 Jm. Neuschnee, Stöße sehr gut. - Altbauer: 4 unter, 25 Jm. Schnee, pulvrig, Nebel. - Mähr. Altbauer: 4 unter, 25 Jm. Alt., 10 Jm. Neuschnee, locker.



### Die Grippe liegt in der Luft.

Sie will sich Ihrer demüchtigsten! Bei Nebel, am vorläufigen Herbst- und Winterwetter gedulden verschiedene krankheitsverursachende Bakterien. Die heimtückischsten sind die Grippe-Erreger. Sie werden von Ihnen überfallen, wenn Sie es am wenigsten erwarten. Durch den Mund und durch die Atmungswege gelangen sie in den Körper.

### Zum Verhüten

der Ansteckung desinfizieren Sie Mund u. R. hen durch den Menthol-Franzbranntwein

# ALPA

den Sie beim Zähneputzen und Gurgeln in geringer Menge dem Wasser beimischen.

Alpa-Ihre Gesundheit!

## Tagesneuigkeiten.

### Gorgen der Deutschen Stadtwater in Prag.

In der gestrigen Prager Stadtratssitzung brachte Stadtrat Bohrer scharf unter dem Eindruck der herrschenden katastrophalen Krisenverhältnisse und zunehmenden Arbeitslosigkeit zwei für die „Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft“ scheinbar lebenswichtige Anträge ein:

Zur Hebung des Geschäftsvorleses soll eine Wälderung des Parkverbotes am Graben angeordnet, und, wahrscheinlich zur Förderung deutscher Sitte und Kultur, möge ein Rathauskeller errichtet werden!

So hilft man dem notleidenden Volk am besten von der Krise; unter dem erhebenden Eindruck der Sammlung für die Prager dreißigtausend Arbeitslosen — mit den Angehörigen an Hunderttausend — denen ganze 52.244 Kgeopfert wurden, will das Prager echt und wahr „deutsche“ Bürgertum nunmehr durch seine berufenen und national-wirtschaftlich gleich bedeutenden Vorkämpfer wieder einmal zur beschaulichen Ruhe gelangen und seinen Morgenkloppen, wie es sich für einen ordentlichen Bürger gehört, in einem echten Rathauskeller zu sich nehmen; zwar unter dem Schutz der Polizeipendredts, die den „hungrigen Mob“ in gebührendem Abstand halten, aber was tut man nicht alles für echte Art und Sitte der Teutonen unter Rat Edelsteins Führung? Man sieht den Herren das deutsche Volkstribunament förmlich aus ihren Anträgen sprechen, durch die sie ihren Führern ermöglichen wollen, von den Dächern eigener Luxusantös zu den begeistertsten Passanten des Grabens über die zweckmäßige Bekämpfung der Wirtschaftskrise durch Festhalten am Preisniveau zu plaudern! Es ist doch wirklich unerhört, daß man es „der eleganten Dame mit dem Londineserpinscher im eleganten Fond ihres Sportabrieleits“ zumutet, bei diesem Hundewetter über die Straße zu gehen, um im „eleganten stoff ihre Einkäufe zu besorgen.“ Die Straßen sind doch wirklich nicht dazu da, daß man sich an ihnen das „zarte Schuhwerk“ beschmutzt; den Schmutz, die Ralte und Räfte überläßt der wahre Repräsentant der Zivilisation anno 1930 dem „Volk“ — das nach unserer Verfassung nur Quelle alles Rechts sein soll.

Das Stadtratkollegium konnte sich „leider“ nur für den Rathauskeller entschließen: wir empfehlen als Eröffnungsfest die Vorführung des Prophezeiungsfilms „Die Lindenvirtin“ und eine Großführung der Arbeitslosen. Jedenfalls müssen wir oder die Wähler bedauern, deren Vertreter von solchen Sorgen gedrückt werden!

W. Lg.

### Ein ganzes Land unter ärztlicher Aufsicht?

Sozialhygienische Reformpläne in England.

Nachdem seit dem vorigen Jahre von dem französischen Wohlfahrtsministerium, ähnlich wie in Deutschland, in einer Reihe von Schulen regelmäßige ärztliche Überwachung eingeführt worden ist, über deren Ergebnisse in einem besonderen „Gesundheitsbuch“ für jeden Schüler Eintragungsberichte zu machen sind, ist jetzt von zwei Rednern in der Jahreskonferenz des Royal Sanitary Institute in Margate der Vorschlag gemacht worden, nach einem vom britischen Gesundheitsamt ausgearbeiteten Schema in regelmäßigen zeitlichen Abständen ärztliche Untersuchungen an jedem einzelnen Engländer vorzunehmen.

Man wird erstaunt sein, daß gerade in England ein so weitgehender Vorschlag bei der Debatte gemacht werden konnte. Denn abgesehen von den nicht unwesentlichen finanziellen und verwaltungstechnischen Schwierigkeiten eines solchen Planes ist damit doch auch ein beträchtlicher Eingriff in die persönliche Entschiedenheit, um nicht zu sagen Freiheit

verknüpft. Zunächst war es Riß Binen von der Londoner Universität, die bestimmte Vorschläge zur Reform der schularztlichen Tätigkeit ausgearbeitet und dabei ausführte: „Der Facharzt sollte im Hause selbst eine vollständige ärztliche Untersuchung jedes Familienmitgliedes mindestens dreimal im Jahre vornehmen, deren Ergebnisse sorgfältig berichtet werden sollen. Diese Untersuchungen (womit zunächst offenbar nur die schularztlichen Untersuchungen der schulpflichtigen Kinder gemeint wird), sollen auch auf die Mutter und ihre Kleinen (noch nicht schulpflichtigen) Kinder sowie auf die erwachsenen Kinder ausgedehnt werden; die ganze Behandlung im Hause sollte unter seiner Fürsorge stehen.“

Riß Binen knüpft hierbei an die in England vorhandene besondere Einrichtung der Krankenversicherung an, deren Ausdehnung auf alle Lohn- und Geschäftsempfänger und deren Familienmitglieder sie auch ausdrücklich vorschlägt. Hausarzt und Hebammen, obwohl sie mit den häuslichen Verhältnissen am besten vertraut sind, werden jedoch unter den bestehenden Verhältnissen in England so mit organisatorischen und verwaltungstechnischen Dingen belastet und das Personal und die Beamten der verschiedenen Gesundheitsämter kümmern sich im übrigen so wenig um sie, daß sie nahezu von den Behörden und der Öffentlichkeit vergessen wurden. Deshalb soll eben hier die besondere schularztliche Aufsicht einleiten.

Von besonderer Bedeutung ist, was hierzu ein beamteter Kreisarzt, Dr. G. F. Buchan aus Wiltshire, über den Wert solcher regelmäßiger ärztlicher Untersuchungen hinsichtlich der Ausbildung des ärztlichen Nachwuchses ausführte. Die jungen Ärzte könnten nach seiner Ueberzeugung einen ganz anderen Einblick in die sozialen Verhältnisse ihrer Patienten gewinnen, wenn sie mehr mit ihren allgemeinen Umständen vertraut wären. Gerade der junge Praktiker mühte nach seiner Meinung darin ausgebildet werden, die Pflichten solcher regelmäßigen Untersuchungen zu üben. Dieser englische Arzt hat zweifellos recht, wenn er es als eine Lücke in dem Krankenwesen betrachtet, daß seitens der behördlichen Rassen keineswegs bisher eine solche regelmäßige Untersuchung der Rassenpatienten durch den Kreisarzt besteht. Zweifellos würde es von großer Bedeutung sein, daß der Arzt möglichst gründlich die Bedingungen kennt, unter denen der Körper lebt und zu diesem Zweck könnte der Medizinstudent bei einer Einrichtung wie sie hier in Vorschlag gebracht wurde, eine Menge Erfahrungen über die sozialen Verhältnisse und wie sie die Gesundheit beeinflussen, sammeln. Nur allzu oft ist der junge Arzt sehr wohl imstande, in akademischer Weise über Diätetik von Krankheiten zu sprechen, aber er ist unfähig, eine befahrbare Straße zu verstreichen, um die Gesundheit einer armen Familie zu erhalten. Dr. K. B.

### Amerikanische Prohibitionsziffern.

Washington, 12. Dezember. (Reuter.) Dem Jahresberichte der Staatskasse zufolge wurden seit Juni 1929 bis Juni 1930 wegen Uebertretung des Prohibitionsgesetzes 68.173 Personen angehalten. Außerdem wurden 8633 Automobile und 64 Schiffe beschlagnahmt.

### Filmindustrie gegen die Star-Honorare

Berlin, 12. Dezember. Die Spitzenorganisation der deutschen Filmindustrie hielt gestern eine Sitzung ab, in der über Maßnahmen zur Verbilligung der Filmproduktion verhandelt wurde. Neben einer Senkung der Preise für Tonfilm-Lizenzen wurde entscheidendes Gewicht auf einen Abbau der Wagen des künstlerischen und technischen Personals gelegt. Es wurde darauf hingewiesen, daß mittlere und kleine Schauspieler als Tageshonorar für die Mitwirkung bei Tonfilmen das fordern, was sie bei der Sprechbühne als Monatsgage erhalten. Die Vertreter der Kinotheaterbesitzer empfahlen den Fabrikanten, bei der Belegung der Filme keine besondere Rücksicht auf die sogenannten Stars zu nehmen und durch deren hohe Gagen die Filme zu verteuern, da es heute für den Erfolg des Filmes nicht mehr auf eine Starbesetzung ankomme.

Genosse Georg Stolz (Prag) — Sekretär der Amsterdamer Internationale. Wie uns mitgeteilt wird, wurde der Beamte des „Odborode Druzeni Kolkosovse“, Genosse Georg Stolz, als Untersekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Amsterdam berufen. Genosse Stolz ist ein noch junger, aber sehr tätiger Mensch, er gehört zu einer Gruppe der jüngeren Marxisten der tschechischen Sozialdemokratie und hat bereits eine Reihe von Schriften veröffentlicht, die erste Aufmerksamkeit gefunden haben. Auch in der „Dělnická akademie“, der Bildungsorganisation unterer tschechischer Genossen, war er bisher führend tätig.

Die feiern rechtsradikale Studenten ihr Jubiläum? Nach Blättermeldungen aus Bukarest wurde anlässlich des zehnjährigen Bestehens des rechtsradikalen rumänischen Studentenverbandes heute eine Jubiläumsfeier veranstaltet, die in antisemitische Kundgebungen ausartete. Eine größere Studentengruppe wollte dabei bis zum königlichen Palais vordringen, wurde aber von der Polizei daran gehindert. Dagegen wurden in den Hauptstraßen verschiedene Auslögen eingeschlagen. Die Fenster des Hauses, in dem der Obrstaatsanwalt Roscanu wohnt, wurden gleichfalls eingeschlagen. In Klausenburg ist nach einer dortigen Meldung eine Synagoge zerstört und die Einrichtung beschädigt worden. Die Polizei hat in Bukarest 40 und in Klausenburg 4 Verhaftungen vorgenommen.

Halbjahreskarten für Geschäftsreisende und Vertreter. Der Bund der Vertreter und Reisenden, Sitz Teplich-Schönan (Hochgruppe des Allgemeinen Angestellten-Verbandes, Reichenberg), macht aufmerksam, daß diesmal die erste und zweite Hälfte der Halbjahreskarte mit den nur Organisationsmitgliedern zustehenden Begünstigungen nur durch die Organisation beschafft werden kann. Für die erste und zweite Hälfte muß die Bestätigung des Dienstgebers über das Abhängigkeitsverhältnis beigebracht werden. Diese Bestätigung muß unbedingt von der zuständigen Krankenversicherungsanstalt oder vom Handelsgremium oder von der politischen Behörde viduiert werden. Die „Sturzenta“ aus der 50prozentigen Karte und ein unbefristetes, eigenhändig mit Tinte überschriebenes Lichtbild (6x6 Zim.) ist ebenfalls beigezubringen. Obwar bis zur Stunde die Kartenpreise selbst noch nicht festgesetzt sind, wird dringend empfohlen, die Dokumente und Lichtbilder sich sofort zu beschaffen. Weitere Nachrichten werden nach endgültiger Festlegung der Preise noch folgen.

Ozeandampfer in Flammen. Aus London wird gemeldet: Den Bemühungen von fünf Feuerwehren ist es endlich gelungen, das 30 Stunden lang wütende Feuer auf dem ehemaligen deutschen Ozeandampfer „Empress of Scotland“ zu unterdrücken. Man konnte der Flammen nur dadurch Herr werden, daß man zehn rechtliche Löcher in die Schiffsfelken schnitt und riesige Wassermengen in das Innere des Schiffes leitete.

Bei einer schweren Explosion in der Grafschaft Nur (England) wurden neun Bergarbeiter verletzt.

Australien prämiert Goldförderung. Beide australischen Kammern nahmen eine Gesetzesvorlage an, durch welche bestimmt wird, daß für jede Unze australischen Goldes, um welche der Jahresdurchschnitt vom Jahre 1929/30 im Jahre 1930/31 überstiegen wird, eine Prämie von einem Pfund Sterling ausbezahlt wird.

Selbstmord dreier New Yorker Bankiers. Im Laufe des Donnerstag verübten in New York drei Bankiers Selbstmord, die der Bankenkrisis zum Opfer gefallen waren.

Neue Erderschütterungen in Armenien. Im Gebiete von Erzindjan Remah wurden neue Erderschütterungen verspürt. Die dorfselbst angerichteten Schäden sollen beträchtlich sein. Es soll auch eine große Anzahl von Personen verwundet worden sein. Da die telegraphische Verbindung unterbrochen ist, konnten bisher detailliertere Berichte über die Erdbebenkatastrophe nicht einlangen.

Verbot der Einwanderung nach Brasilien? Die Regierung beabsichtigt, ein Dekret zu erlassen, durch das die Einwanderung zum Schutze der inländischen Arbeiterkraft vorübergehend verboten werden soll.

Selbstmord eines deutschnationalen Führers. Der sächsische Landesführer der deutschnationalen Volkspartei, Kapitänleutnant von Abendrot, hat Selbstmord begangen. Die Ursache soll in privaten Verhältnissen zu suchen sein.

Der Sekrenzigte als Mörder. Der Kaposvarer Gerichtshof verurteilte seinerzeit Franz Láng, der im Dorfe Jics ein Ehepaar auf bestialische Art ermordet und beraubt hatte, zum Tode durch den Strang. Die königliche Tafel von Hünfkirchen hat die Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt, da sie die Tatsache, daß Láng im Weltkrieg an der russischen Front vom Feinde gefrenzigt und beinahe zwei Stunden lang mit durchbohrten Händen am Kreuze hing, was seine Nerven zerstörte, als mildernden Umstand in Betracht zog. Die königliche Kurie bestätigte das Urteil der Tafel.

Rätselhafte Krankheit. In das Krankenhaus von Southend on Sea (an der Themsemündung) wurden am Freitag 112 Personen eingeliefert, die alle nach dem Genusse von Cockbraten von einer rätselhaften Krankheit befallen wurden. Eine der erkrankten Personen ist bereits gestorben, doch wird behauptet, daß ihr Tod durch eine andere Krankheit herbeigeführt wurde und mit dem Genuss dieses Fleisches nichts gemein habe. Von den übrigen Personen befindet sich keine in Lebensgefahr. Die Behörden forschen eifrig nach der Ursache dieser Massenerkrankung.

Schlechte Weichenstellung. Infolge schlechter Weichenstellung angelegte bei der rumänischen Station Gurein ein Rapphazog. Bei dem Unglück wurden drei Personen getötet, zwei schwer verletzt.

## Gründende Versammlung der Reichsvereinigung deutscher sozialdemokratischer Lehrer in der C.S.R.

Sonntag, den 4. Jänner 1931, nachmittags 2 Uhr im Volkshaus zu Kuffig.

Tagesordnung:

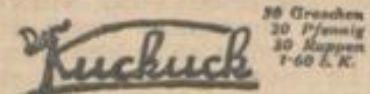
1. Bericht und Organisationsfragen.
2. Die kulturpolitische Lage. Redner: Gen. Dr. Emil Franzel, Prag.
3. Wahlen.

Einer der Verletzten befand sich zwei Stunden mit einem Bein zwischen den Buffern.

Der Löwe als Pensionär. Ein böses Abenteuer hatte ein Pariser Buchhändler zu bestehen, dem gute Freunde, ehe sie sich zu einer längeren Reise aufmachten, einen kleinen Löwen zur Pflege übergaben. „Er ist so lieb“, sagten die Freunde ein-übers-anderemal. „Lehen Sie, er gibt sogar Pfötchen.“ Der Buchhändler, der in dem Vieh eine gute Bekannte sah, nahm den jungen Wüstenkönig freudig zu sich. Die Zeit verging und die „Eltern“ des Löwen kamen nicht zurück. Der Löwe hingegen wuchs und gedieh von Tag zu Tag. Bald gab er seine Pfötchen mehr, sondern stellte furchtbare Tages schläge aus und rief dabei sein Maul in nicht verständlicher Weise auf. Der Buchhändler sperrte das Vieh darauf in ein Zimmer seiner Wohnung ein. Zunächst brachte er ihm sein Futter noch ins Zimmer. Dann warf er es ihm nur durch ein Fenster in das improvisierte Gefängnis. Den Löwen stimmte diese Behandlung immer wütender. Der Buchhändler fühlte sich bedroht und ging jetzt sogar außer Haus schlafen, wollte aber die Rückkunft seiner Ferunde abwarten, um ihnen den ungelieblichen Pflegling auszuhandigen. Da aber traten die Mitbewohner des Hauses dazwischen, denn das ganze Gebäude war inzwischen durch den Geruch des ungeräumten Löwenstalles verpestet worden. Der Buchhändler telephonierte nun den Pariser Zoo an und bat, ihm einen Tomicur zu schicken, der den Löwen mitnehmen möge. Das geschah schließlich zur größten Freude des Buchhändlers und der Pariser Bevölkerung.

Muttertragödie. Dem Bemühen der Berliner Kriminalpolizei gelang es jetzt, einen rätselhaften Leichenfund am Tegeler See bei Berlin aufzuklären. Dort wurde am 29. Oktober d. J. im Schilf verstickt die Leiche eines kleinen, vier Jahre alten Knaben entdeckt. Nach umfangreichen Untersuchungen gelang es, die Identität des Kindes mit dem kleinen Herbert Gimpel, der vor einigen Monaten aus einem Zwickauer Kinderheim von seiner Mutter abgeholt worden war, zu ermitteln. Die Mutter des Kindes, eine 32 Jahre alte Frau Armgard Gimpel, die von ihrem Manne geschieden ist und jetzt in Reichendach (Sogland) wohnt, gestand, daß sie den Knaben aus Verzweiflung getötet habe. Nicht wirtschaftliche Not habe sie zu dem Mord veranlaßt, sondern die Tatsache, daß sie sich des Kindes gekümmert habe. Der Junge war total verblödet, und da selbst bei sorgfältigster Pflege keinerlei Geduldungsprogreß zu erreichen war, wollte ihn sein Kinderheim mehr aufnehmen. Frau Gimpel berichtete, daß sie zunächst die Absicht gehabt habe, auch sich selbst zu töten, bevor aber wohl den Mut dazu, nachdem sie das Kind im Wasser ertränkt und dann ans Ufer jurückgetragen hatte. Frau Gimpel hat noch für zwei weitere Kinder zu sorgen, die körperlich und geistig völlig gesund sind.

Ein eigenartiges Diebstahlobjekt. Auf der Eisenbahnstrecke in der Nähe von La Rochelle (Frankreich) verlagten plötzlich sämtliche Signalvorrichtungen, so daß die auf der Strecke fahrenden Züge keine Durchfahrt erhielten und anhalten mußten. Sofort angestellte Untersuchungen ergaben, daß Diebe bei dem Ort Fontenay-le-Compte die Signalarbeiten in einer Länge von 100 Metern durchgeschlitten und forttransportiert hatten. Der Zugverkehr erlitt eine empfindliche Störung, da die in Frage kommende Strecke stark befahren wird.



Die größte illustrierte Wochenschrift erscheint jeden Sonntag überall erhältlich

Osterreichs Kriegsbuch von der italienischen Front  
DER MARSCH INS CHAOS  
von Josef Hofbauer  
350 Seiten in schöner Ausstattung  
Kartoniert Ks 51.—, Leinen Ks 61.60  
„Ein erschütterndes Buch. Ein wahres und ein tapferes Buch.“ (Bohemia)  
„Es nimmt unter den vielen Kriegsschilderungen einen besonderen Platz ein. Weit über die Grenzen Osterreichs hinaus verdient es Beachtung.“ (Salzb. Wacht)  
VERLAG DR. HANS EPSTEIN UND PHAIDON-VERLAG · WIEN



**Streit der Muschelfischer.** Die französischen Fischer, die an der Insel Ré mit großen Netzen den Fang von Speisemuscheln betreiben, sind aus Protest gegen die niedrigen Preise, die ihnen von den Großhändlern der Stadt La Rochelle gezahlt werden, in den Streit getreten. Falls sie die Erhöhung der Preise für die Muscheln, einen Zuschlag von 50 Centimes pro Kilo, nicht durchsetzen, wollen sie eine eigene Verkaufs-Kooperative gründen.

**Grippeleuchte in Polen.** In Krakau und in Ostoberschlesien wütet zurzeit eine Grippe-Epidemie. Täglich werden mehr als 1000 neue Fälle gemeldet. Die Krankenhäuser sind bereits überfüllt; außerdem macht sich Kräftemangel bemerkbar. Eine Reihe von Schulen wurde wegen Ansteckungsgefahr geschlossen.

**In der Lava verbrannt.** Während der bekanntholländisch: Forscher Professor Besselwardt mit seinem Diener den Vulkan Merapi auf Sumatra bestieg, wurden beide von einem Kraterausbruch überfallen. Besselwardt und der Diener verbrannten in der glühenden Lava.

**Bis auf den Jungspieß.** Am 20. Dezember wird die Seilbahn auf den Gipfel der Zugspitze, die sich an die bayerische Zugspitzbahn anschließt, eröffnet werden. Die Einweihung des Sport- und Touristenhotels auf der Zugspitze ist für den 15. Jänner 1931 vorgesehen.

**Räuberkampf in der Wüste.** Im Hinterland von Sert (Tripolitania) kam es zwischen Wüstenräubern und Räubern, die seit längerer Zeit die Gegend unsicher machten zu einem Heerzuge, dem etwa 50 Menschen zum Opfer fielen.

**Der CCS-Aus der Fische.** Auf einer Felzfarm in Eisenberg bei Jena werden kostbare Silberfische gezüchtet. Einmal wird der Erfolg der Aufzucht durch das Schreien dieser Tiere beeinträchtigt, wildernde Hunde oder Katzen können eine maßlose Panik unter den Silberfischen hervorrufen, die in blinder Panik sich selber und ihre Gefährten töten. Zum Schutze gegen die erheblichen Verluste, die durch Beunruhigung der wertvollen Tiere entstehen könnten, hat man im Gehege der Fische ein Radiomikrofon aufgestellt und mit einem Lautsprecher im Wärderräume verbunden, so daß die Fische jederzeit „funten“ können, wenn sie sich in Gefahr befinden.

**Der Fink.**

SPD. Wir saßen im behaglich durchwärmten Zimmer, mein Freund Ilya, seine Frau, meine Frau und ich. Draußen wirbelten die Flocken des ersten Schneefalls in wildem, weitem Gestirne durch die Luft. Düstere Windstöße rissen die kahlen Zweige der Bäume hin und her — es war so recht ein Wetter, um gemütlich beisammen zu sitzen.

Ilya deutete nach draußen: „Jetzt ist es gut, ein warmes Zuhause zu haben. Wehe dem armen Teufel, der in öden, unfreundlichen möblierten Zimmern wohnen muß und abends beim Nachhausekommen am kalten Ofen sitzt!“ — Er wandte sich aus seinem Selbstgespräch heraus nicht an uns: „Ihr Glücklichen wißt das ja garnicht zu schätzen, Euer warmes Heim, Eure schönen Möbel, Eure geficherte Existenz; — aber die andern, die armen Teufel alle —“

Wir schwiegen. Wir wußten, daß Ilya im Grunde doch nur von sich selbst sprach. Als achtzehnjähriger Revolutionär hatte er in den Gefängnissen des Jaren gefessen, war zu Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt, durch die Revolution befreit — und nachher von den gleichen Revolutionären, mit denen er Schulter an Schulter gekämpft hatte, aus der Heimat getrieben worden. Bis er hier nach jahrelangem Herumirren seine Frau und eine neue Existenz gefunden hatte.

Ilya sprach weiter: „Bei denen, die sich das Herumtreiben in aller Welt leisten können, nennt man Gläubertrotten — das ist ein Wort, in dem man förmlich das dicke Bankkonto sehen sieht... Aber die anderen armen Hunde...“

Seine Frau unterbrach ihn, nach dranhin deutend: „Sieh doch, Ilya, der Fink!“ — Tatsächlich sah in dem von uns auf dem Balkon aufgehängten Futtertragg ein Fink und pickte eifrig die Futterkörner heraus. Klein und dünn sah er hier vorm Fenster und ließ sich gut schmecken.

Ilya nickte. „So ein kleines Tier — ich kann Euch eine kleine wahre Geschichte erzählen, wie ein Fink eine Ehe, die beinahe zerbrochen war, wieder zusammengebracht hat. — Es war gerade so ein Tag wie heute, kalt; der erste Schnee fiel; — es ging mit aller Gewalt zum Winter. Ich war damals gerade in einer kleinen norddeutschen Stadt und wohnte bei einem Ehepaar, das sich gegenseitig das Leben zur Hölle machte. Er war ein arger Säufler, arbeitete schon seit langem nur noch so viel, wie eben nötig war, um sein tägliches Quantum Schnaps kaufen zu können. Na, und sie war nicht viel besser, hielt es mit anderen Männern, trieb sich nachts herum. Jeden Tag war Krach. Einer trank den andern und tat ihm zuleide, was er nur konnte — ein Wunder wars nur, daß sie noch nicht auseinandergegangen waren. Mir war das ja eigentlich gleichgültig. Ich ging morgens früh fort, kam abends nur zum Schlafen nach Hause — und viel Geld, um mir eine andere Wohnung zu suchen, hatte ich auch nicht. Es war damals die Zeit, in der es mir am schlechtesten ging. Alles, was ich anfang, mißlang mir — ich war nahe daran, zu verzweifeln.“

An dem Tage also, von dem ich erzählen will, war ich müde zu Hause geblieben. Ich saß in meiner kalten Stube; nebenan wirtschaftete die Frau in der Küche herum, als ich den Mann die Treppe hinaufkommen hörte. Man merkte gleich, daß er wieder betrunken war, und richtig, kaum



**Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Verbandstag der Tabakarbeiter.**

Am 7. und 8. Dezember 1930 versammelten sich die Vertreter des deutschen freigewerkschaftlichen Verbandes der Tabakarbeiter in Landstron zu ihrer Generalversammlung. Die tschech. Tabakregie beschäftigt jetzt noch ca. 12.000 Personen. Davor haben die beiden freigewerkschaftlichen Organisationen, die deutsche und die tschechische, zwei Drittel der Mandate im Zentralbetriebsauschuß inne. Nachdem die Tabakarbeiter auch einen Anspruch auf Pensionen hat, hat der Verband auch die Tabakarbeiterpensionisten in einer eigenen Sektion organisiert. Beide Sektionen des Verbandes waren auf dem Verbandstag in Landstron durch 50 Delegierte vertreten. Es war dies eine der schönsten Delegierungen bis jetzt. Die Zentralgewerkschaftskommission hatte den Genossen W. Weigel entsendet und in Vertretung des tschechischen Bruderverbandes war der Genosse B. Kovač erschienen.

Am 7. Dezember um 9 Uhr früh wurde die Generalversammlung des Verbandes durch den Genossen Schloßnigel als Obmann eröffnet. Begrüßungsansprachen hielten zunächst der Genosse Reizner für die Landstroner Genossen, sodann der Genosse Weigel für die Zentralgewerkschaftskommission und der Genosse Kovač für den „Soaz jamest, tabak, rez!“

Nach der Wahl des Präsidiums berichtete Genosse Hieron. Schloßnigel über die mühevollen Tätigkeit des Verbandes seit dem Jahre 1927 bis zum heutigen Tage. Die Genossen Anna Raier als Vertrauensperson der Pensionistensektion berichtete über die dreijährige Arbeit der Pensionisten. Der Genosse Josef Kosačaly erstattete den Kassabericht des Verbandes und die Genossin Raier über die Lage der Steuerunterstützungskasse, welche sich die Tabakarbeiter geschaffen hatte. Nach dem Berichte der Kontrolle wurde dem abtretenden Ausschusse das Vertrauen ausgesprochen.

Genosse Schloßnigel referierte nun über den dritten Punkt der Tagesordnung: „Gesetz über die Weihnachtszulage“. Die Tabakarbeiter leiden am meisten unter der Bestimmung des § 1, Absatz 4, des Gesetzes über die „Ebeleute“. Es sind ca. 2000 Tabakarbeiterinnen, welche durch diese Bestimmung ihren Anspruch verlieren. Nichts ist, so wie bei der Tabakarbeiterschaft, so viele Ebeleute in einem staatlichen Betriebe vereinigt. Durch die Kraft der Organisation haben die Tabakarbeiter

einen 14tägigen Lohn im Jahre 1929 als Weihnachtsgabe erhalten, jeder ohne Unterschied, und daher ist das Gesetz für die Tabakarbeitererschaft so ungünstig. Aus der Debatte ergab sich ein trauriges Bild der Situation, welche unter der Arbeitererschaft in den Fabriken geschaffen wurde, weil einige Frauen die Zulage erhalten, andere dagegen, die auch das ganze Jahr arbeiteten, ausgeschlossen sind.

Zum Schluß der Debatte wurde eine Protestresolution gegen die Bestimmung des Absatzes 4 des § 1 angenommen und die Revokation des Gesetzes verlangt.

Genossin Anna Raier referierte über das Ausgleichsgesetz zwischen Alt- und Neupensionisten! Die Tabakarbeiterpensionisten protestieren gegen die vier Clappen, obwohl sie die Notwendigkeit des Gesetzes anerkennen. Die jungen Pensionisten sind auf Grund des Gesetzes Nr. 8028 vollständig ausgeschlossen. Die Pensionisten der Tabakregie sind besser daran, wie die übrigen staatlichen Pensionisten. Ihre Bezüge sind bis zu den Löhnen des 31. Dezember 1925 voll ausgestellt. Es handelt sich also nur um die Ausgleiche auf die Löhne nach dem neuen Gehaltsgezet vom 1. Jänner 1926 angefallen. Dies wurde nicht viel Geld erfordern und daher verlangt die pensionierte Tabakarbeitererschaft in einer Resolution, daß die Tabakregie im eigenen Wirkungsbereiche die Durchführung der vier Clappen einstelle und die Durchführung aller Pensionisten auf einmal durchführe. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Genosse Schloßnigel referierte nun zum fünften Punkte der Tagesordnung: „Auf-



und angstvoll sah. — Bis die Frau sich als erste löste. Langsam ging sie auf den Vogel zu, der sich wohl bei dem Umherflattern den Flügel verletzthatte und nicht fortfliegen konnte. Sie nahm das ängstlich piepende Tierchen in die Hand, sah es an und wandte sich dann langsam zu dem Manne, dem jetzt erst das Grauenhafte klar zu werden schien, dem sie beide entgangen waren. „Wollen wir ihn behalten?“ — Er schluckte und nickte. „Ich hole ein Bauer.“ sagte er leise und ging langsam und schwer aus der Tür.

Es waren die ersten Worte seit Jahren, in denen kein Satz klang. Eher war es wie ein Erwachen aus einem dumpfen Traume — wie ein Besinnen auf Menschlichkeit. Der Mann brachte das Bauer. Der Fink genöthigte sich bald an sein Heim. Es schien, als wollten die beiden Menschen ihm danken; so besorgt und liebevoll waren sie zu dem Tierchen. Und langsam wuchs gegenseitiges Wiedervertreiben aus der Liebe zur Kreatur... Seitdem ging der Mann nie mehr in die Aneipe. Als ich ein halbes Jahr später fortzog, drückten mir zwei Menschen, die sich wiedergefunden hatten, zum Abschied die Hand. In seinem Bauer aber schlüpfte der kleine Fink, den damals in der schlimmsten Stunde eine gütige Vorsehung seinen Flug in das offene Fenster hatte nehmen lassen... Walter Schirmeter.

nahme deutscher Arbeitererschaft“. Er verwies auf die Reichstagsung vom 7. September 1930 und schilderte die bevorstehenden Aufnahmen im Jahre 1931 bei der vermehrten Zigarrenproduktion. Es sollen gegen 400 bis 500 Personen in allen 19 Fabriken aufgenommen werden. Davon sollen 23 Prozent auf die Deutschen entfallen und diese 23 Prozent nur in den deutschen Fabriken zur Aufnahme gelangen. Infolge des Sinkens des Zigarettenkonsumes ist aber die Aufnahme dieser Arbeitererschaft bedroht. Einige Fabriken wollen auch jetzt noch die Aufnahme deutscher Arbeitererschaft verhindern und am ärgsten sind die Verhältnisse in der Fabrik in Jglau. Der Referent legt eine Resolution vor des Inhaltes, daß die Hilfe unseres Abgeordnetenklaubs verlangt wird, damit bei der vorzunehmenden Aufnahme die Interessen der deutschen Arbeitererschaft in den Tabakfabriken gewahrt werden.

Die Debatte ist sehr lebhaft und enthält viele Klagen über Zurücksetzungen! Vorgelegt werden eine große Anzahl Anträge, welche angenommen und der neuen Verbandsleitung zur Durchführung überwiesen werden.

Zum sechsten Punkte der Tagesordnung spricht der Genosse Schloßnigel über die Aenderung der Lohngruppen, der Orisklassen und über die Verkürzung der Arbeitszeit. Als Staatsarbeitererschaft ist die Tabakarbeitererschaft bezüglich ihres Lohnes auf die Lohnklasseneinteilung angewiesen, welche auf Grund des neuen Gehaltsgesetzes eingerichtet wurde. Dasselbe gilt von der Systemisierung der einzelnen Arbeitszweige und der Orisklasseneinteilung. Der Referent bespricht alle Wünsche der Arbeitererschaft und die eingelaufenen Anträge. Er wendet sich besonders gegen die Rationalisierung. In den Fabriken wenig Arbeitererschaft und lauter Maschinen. Er stellt den Antrag des deutschen und internationalen Gewerkschaftsbundes zur Diskussion und unterbreitet eine Resolution, welche die 40-Stundenwoche fordert. Auch hier sprechen viele Debatteure, die ihre Beschwerden betreffend die Lohngruppeneinteilung vorbringen und Anträge stellen, dann über die Systemisierung klagen, daß sie mit lauter Substitutionen verbunden ist und endlich die Verkürzung einiger Orte in höhere Orisklassen fordern. Die Anträge werden angenommen und der neuen Verbandsleitung zur Durchführung überwiesen.

Beim siebenten Punkte erörtert der Genosse Schloßnigel die im Jahre 1931 stattfindenden Wahlen in den Betriebsauschuß der Tabakfabriken und stellt verschiedene Anträge, welche angenommen werden.

Eine eingesezte Kommission beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Wahl des neuen Verbandsauschusses. Der neue Ausschuß besteht aus einem Obmann und zwölf Ausschußmitgliedern.

Ueber Vorschlag der Kommission wurden gewählt: Als Obmann des Verbandes: Hieron. Schloßnigel (Sternberg); als Obmannstellvertreterin Anna Raier für die Pensionisten; als Ausschußmitglieder des engeren Ausschusses: Anna König, Rosa Zieger, Anna Egg, Otto Rudisch, Richard Kromer, Hermine Laubel und Karl Picla (sämtliche aus Sternberg). In den erweiterten Vorstand kommen: Karl Morzes (Pöstitan), Franz Berger (Neuttschein), Alois Weidlich (Landstron), Rudolf Raier (Wantsch). Im Ertrag sind: Adele Schiebenitz, Marie Waniel. In der Kontrollkommission befinden sich noch der neuen Wahl: Emil Anrich und Johann Schenk (beide aus Sternberg). Als jene Orisklassen, welche das Schiedsgericht zu stellen hat, wird Neuttschein gewählt. Die Wahl erfolgte einstimmig.

Beim letzten Punkte wurden interne Verbands- und Arbeitsangelegenheiten besprochen und sodann der außerordentliche Verbandstag nach einem sachlich hochstehenden Verlauf am 8. Dezember um 2 Uhr nachmittags geschlossen.



Mitteilung aus dem Publikum.

Das Rezept des Augenarztes kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas schwebend angepasst wird...

Togal. Mit diesem Präparat konnten laut den tausenden von ärztlichen Berichten sehr beachtenswerte Erfolge bei Rheumatismus, Ischias und Gegendrüse erzielt werden.

Für Funktionäre der Selbstverwaltung. Mieterchutzgesetz - Ersatzwohnung.

Frage: Wie muß eine Ersatzwohnung beschaffen sein, wenn sie als genügend anerkannt werden soll?

Antwort: Durch die Regierungsverordnung vom 26. Juni 1930, Zlg. Nr. 103, wird der Begriff der genügenden, bezw. angemessenen Ersatzwohnung im Sinne des § 1, Abs. 2, Z. 9, 12, 13 und 16 des Mieterchutzgesetzes geregelt.

Eine Wohnung ist als genügende Ersatzwohnung gemäß § 1, Abs. 2, Z. 9, 12 und 13 des Gesetzes z. d. G. u. V. Nr. 44 1928 anzusehen, wenn sie außer der zur Ausübung des bisherigen Berufes des Wohnungsinhabers notwendigen Räumlichkeiten und außer dem notwendigen Zubehör so viele Wohnräume umfaßt, wie die bisherige Wohnung, nicht aber mehr, als erwachsene Personen die Wohnung am Tage der Einbringung des Kündigungsantrages bewohnt haben...

Gemäß dieser Bestimmung muß also die Ersatzwohnung mindestens so groß sein wie die bisherige Wohnung, wobei auch auf jene Räumlichkeiten Rücksicht zu nehmen ist, die der Mieter zur Ausübung seines Berufes, den er auch in der alten Wohnung ausübte, benötigt...

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Sonntag 10. 11. 7 Uhr: Premiere: Elisabeth von England. Sonntag 11 Uhr: Kammermusik...

Spielplan der Kleinen Bühne. Sonntag 7 1/2 Uhr: Karussell der Liebe. Sonntag 8 Uhr: Keine Schwester und ich...

Ein Riesen-Fernsehtheater?

Ein phantastisches Projekt. - Fünf Theater in einem Haus.

In New York trifft man die Vorbereitungen zur Gründung einer großen Fernsehzentrale für die Rundfunkempfänger. Es muß natürlich ein Wolkenträger sein, der zu jedem Zweck neu errichtet wird...

Der Riesenbau soll auf einem Grundstück der 5. Avenue, also der teuersten Straße in New York, errichtet werden, und zwar zwischen der 49. und 50. Straße.

Das neue Riesen-Rundfunkhaus ist eine interessante Kombination von Theater und Rundfunkzentrale. Es zeigt, welchen Weg künftig vielleicht das Theater geht, dessen Finanzierung nicht mehr...

von den direkten Zuschauern und Zuhörern erfolgen wird, sondern durch die Rundfunkhörerschaft. Man hat sich in New York überlegt, daß es ungewöhnlich und kompliziert ist, die Übertragungen von Opern und Theaterstücken immer aus fremden Theatern und Opernhäusern vorzunehmen...

Die Hauptnennung für den Rundfunk besteht darin, daß man gleichzeitig alle Vorkehrungen dafür trifft, nicht nur für die Rundfunkhörerschaft die Übertragung von Opern und Singspielen zu vermitteln, sondern daß man auch Einrichtungen geschaffen hat, die für das kommende Fernsehen bestimmt sind.

Knautgestliche Beratung. Kunden der Arbeiterfürsorge finden jeden Samstag von 5-7 Uhr im Verein deutscher Arbeiter, Smeetsgasse Nr. 27, statt.

Sport \* Spiel \* Körperpflege. Dem 2. Arbeiter-Winterolympia entgegen!

Jeder Wintersportler trägt das Sympathie-Abzeichen für die Wintersport-Olympiade! Preis 3 Ks. Zu beziehen durch den Arbeiter-Turn- und Sportverband in Aulzig.

Sitzung des Olympiade-Ausschusses des A. u. S. Montag, den 8. d. M., fand in Aulzig eine Sitzung des Olympiade-Ausschusses statt, an der für die Kameradschaft Genosse Ed. Müller und für die Radfahrer die Genossen Haufe und Otto Reumann teilnahmen.



Alle Teilnehmer der Fahrt nach Wien müssen mindestens ab 1. Jänner 1931 Mitglied eines der drei beteiligten Verbände (A. u. S., Naturfreunde, Radfahrer) sein.

Wintersportler des A. u. S. Aulzig! Alle Wintersportler, die beabsichtigen, an der Wintersport-Olympiade teilzunehmen oder auf eine Entsendung rechnen, müssen sich rechtzeitig Einzelplätze besorgen.

Die Eislauf-Kampfsolge. Die Eiswettkämpfe beginnen am Freitag, dem 6. Februar 1931, während die Eishettkämpfe bereits am Donnerstag, dem 5. Februar beginnen.

Freitag, den 6. Februar, 9 Uhr: Beginn des Eiskunstlaufens (Pflüchtungen) für Frauen und Männer, Eishockeyläufe über 500 und 3000 Meter. 11 Uhr: Anstehläufen, Eishockey und Eishockey (Beginn der Meisterkämpfe).

Österreichische Ausscheidungskämpfe. Der Wintersportauschuss des A. u. S. führt am 11. Jänner 1931 in Judenburg und am 18. Jänner 1931 in Saalfelden Ausscheidungskämpfe für die österreichischen Wettkämpfer durch.

Literatur.

'Licht und Lärm.' Eine Sammlung von über 500 der schönsten deutschen Lieder (Natur-, Wander- und Tanzlieder, Morgen- und Abendgesänge, Liebes- und Klagenlieder, Schwerm- und Weinslieder, Sagen und Mären) liegt vor uns. Herausgegeben von Professor Fritz Höpfer. Dieses Werk ist eine Schatzkammer für die jugendliche Jugend, für Wanderfreunde, für gefällige Stunden, im Haus bei frohen und ersten Anlässen.

Die Flucht aus dem Arzml. Dieser spannende Roman von Sven Odell (Verlag Roré & Hirth, München, Ged. Nr. 330, kleiner Nr. 430) ist ein neuer 'Graf von Monte Christo', der in unserer Zeit mit derselben Leidenschaft gelesen werden wird, wie seinerzeit Alexander Dumas' Roman.

Advertisement for PALABA radio sets. Includes text: '9 PALABA-Ratschläge für Weihnachten', '2. RATSCHLAG Wenn er Radioamateur ist, so wird ihm eine Gruppen-Anodenbatterie-RADIO PALABA in dem reizenden Kästchen große Freude machen...' and an illustration of the radio set.

Schlaf alle Heden zu einem raffiniert ausgestatteten Ruheplan zusammenführen. Adolans reiche Phantasie und sein Erzählertalent zwingen uns, zuzuhören und an die aufregenden Situationen zu glauben, die der Held des Romans, ein der Spionage verdächtigter früherer Moskauer Bürger...

Gauno Julius Wille: 'Nach verlorenen Jahren.' Roman. 2. Bände. F. G. Speidel'sche Verlagshandlung, Wien und Leipzig, 1930. Preis. RM. 4.50, kleinerband RM. 6.80. Keine Generation hat die schwankende Bedingtheit aller menschlichen Einrichtungen und Gesetze, aller Charaktere und Glaubensinhalte greller erkennen und schmerzlicher erliden müssen als die unserer. Die Begegnung unserer erschütterten Standortes im Kosmos, unseres zerstörten Weltbewusstseins wieder bezugbar, ist die Aufbaubarkeit, um die sich dieser Roman der Nachkriegszeit mit leidenschaftlicher Eindringlichkeit und rücksichtslosem Zugriff bemüht.

Übersetzer: Oswald Faust. Herausgeber: Wilhelm Riecher. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß Prag. Druck: Kofa A. G. für Zeitungen und Buchdruck. Prag. Für den Druck verantwortlich: Otto Sullit. Prag. Die Sonntagsausgaben werden nur bei der Post u. Zeitungsvertriebsstellen mit Zitat Nr. 19.800/VII/1930 bez. Zgl.

Advertisement for Dr. A. Dettler's toothpaste. Includes text: 'Der ist mein bester Gehilfe!' and an illustration of a smiling man holding a tube of toothpaste.

Advertisement for Togal medicine. Includes text: 'Togal unübertroffen bei RHEUMA-GICHT KOPFSCHMERZEN' and an illustration of the medicine bottle.

Advertisement for Junger Mann underwear. Includes text: '10 junge Männer werden als Fürsorgesekretäre und Anstaltszweiche aufgenommen...' and 'Kauft nur bei unseren Inferenten!'.